

**Klaus Schrader und Claus-Friedrich Laaser**

**Unterschiede in der  
Wirtschafts-  
entwicklung im  
Norden und Süden  
Deutschlands**



*Kiel, im Juli 2019*

**Kurzstudie im Auftrag des Unternehmensverbands Nord**

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
2	Die Wachstumsentwicklung in den Bundesländern .....	3
2.1	Eine gesamtwirtschaftliche Perspektive.....	3
2.2	Die Entwicklung nach Sektoren .....	8
3	Investitionen in Nord und Süd.....	11
4	Standortqualität im Nord-Süd-Vergleich .....	13
4.1	Infrastrukturrankings.....	14
4.1.1	Staatliche Bauinvestitionen nach Bundesländern.....	14
4.1.2	Bildungsinfrastruktur .....	15
4.2	Strukturrankings.....	16
4.2.1	Ranking der Gewerbemeldungen und Firmeninsolvenzen .....	16
4.2.2	Betriebsgrößenranking .....	17
4.3	Rankings im Bereich Innovationen und Zukunftsorientierung .....	18
4.3.1	Angemeldete Digitalisierungspatente.....	18
4.3.2	Beschäftigte in ITK- Berufen.....	19
4.3.3	Innovationskraft nach Expertenmeinungen.....	20
4.3.4	Deutscher Startup Monitor 2018.....	21
4.3.5	Scoreboard of Indicators der EU-Kommission .....	23
5	Schlussfolgerungen.....	27
	Anhang.....	30
	Literatur .....	37

# UNTERSCHIEDE IN DER WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IM NORDEN UND SÜDEN DEUTSCHLANDS

von Klaus Schrader und Claus-Friedrich Laaser

## 1 Einleitung

Im Rahmen der hier vorgelegten Kurzstudie wird untersucht, wie sich das Wirtschaftswachstum in den norddeutschen und den süddeutschen Bundesländern seit dem Beginn der 2000er Jahr entwickelt hat. Die beiden Gruppen von Bundesländern werden wie folgt definiert: Der „Norden“ mit Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie der „Süden“ mit Baden-Württemberg und Bayern. Für diese Gruppen werden die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der sektoralen Bruttowertschöpfung analysiert.

Weiterhin wird für den „Norden“ und den „Süden“ die private und die öffentliche Investitionstätigkeit während des Aufschwungs nach der Wirtschafts- und Finanzkrise untersucht. Zu diesem Zweck wird die Entwicklung aussagekräftiger Teilaggregate dargestellt und im Vergleich der Bundesländer bewertet.

Vor dem Hintergrund der statistischen Analyse werden abschließend auf Basis einschlägiger Bundesländer-Rankings Gründe für Wachstums- und Einkommensunterschiede zwischen und innerhalb der beiden Gruppen von Bundesländern herausgearbeitet und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen gezogen.

## 2 Die Wachstumsentwicklung in den Bundesländern

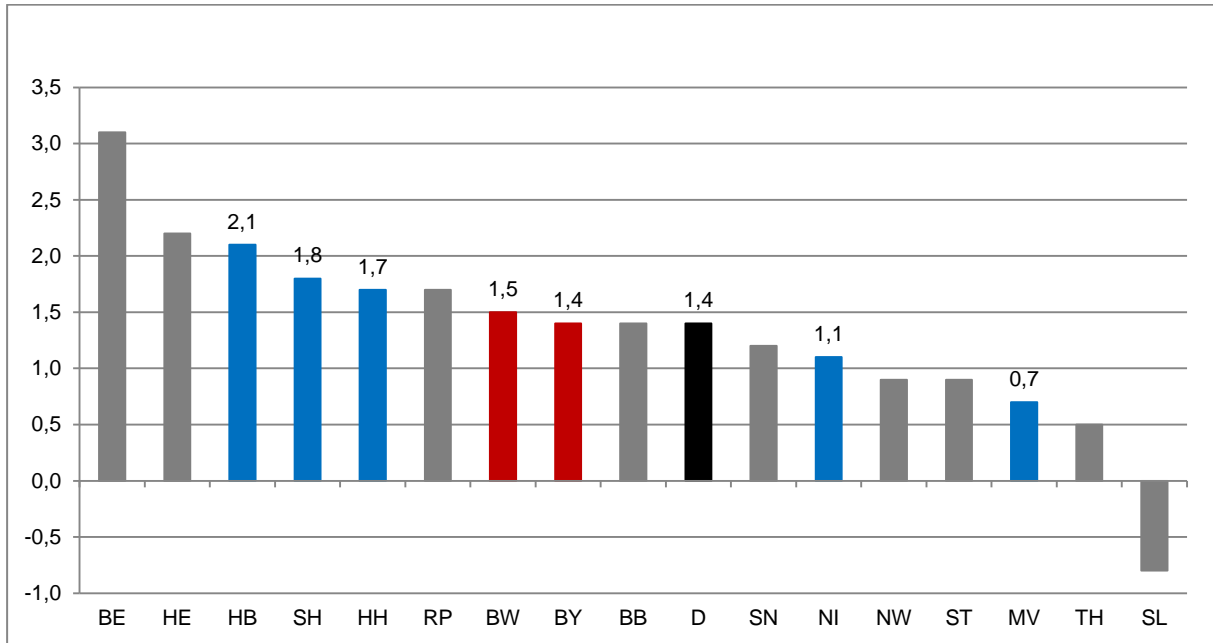
### 2.1 Eine gesamtwirtschaftliche Perspektive

Der Blick auf das aktuelle Wachstumsranking der deutschen Bundesländer für das Jahr 2018 spiegelt nicht das erwartete Gefälle zugunsten des als besonders wachstumsstark angesehenen „Süden“ Deutschlands wider (Abbildung 1a). Im Gegenteil liegen die drei norddeutschen Bundesländer Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg vor Baden -Württemberg und Bayern, die nur ein durchschnittliches Wachstum aufweisen. Doch zeigt sich im „Norden“ kein homogenes Bild: Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern nehmen mit einem deutlich unterdurchschnittlichen Wachstum nur hintere Ränge im Vergleich der Bundesländer ein.

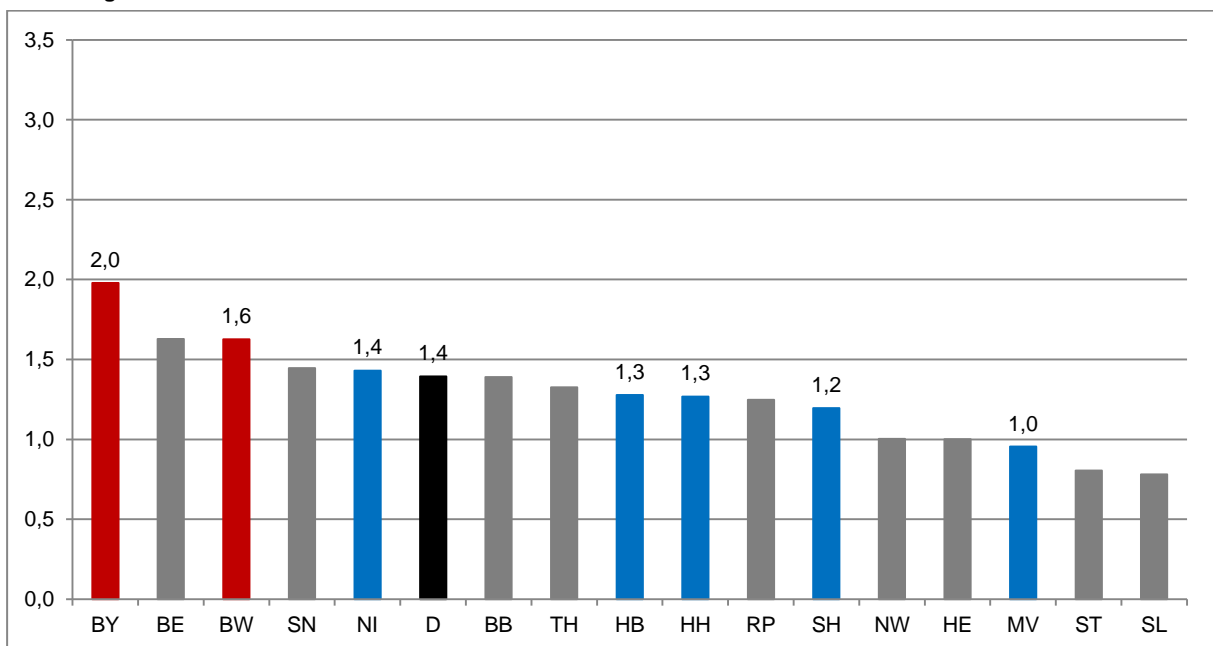
Die Betrachtung eines einzelnen Jahres ist jedoch nicht mehr als eine Momentaufnahme, die zu einer verzerrten Wahrnehmung der Wirtschaftskraft führen kann. Ein objektiveres Bild ergibt sich, wenn das jährliche Wachstum der Bundesländer über einen längeren Zeitraum berücksichtigt wird. Auf diese Weise können Verzerrungen durch Ausschläge in einzelnen Jahren vermieden werden – gerade bei kleineren Bundesländern mit einem schmalen wirtschaftlichen Fundament können beispielsweise

**Abbildung 1:**  
**Wirtschaftswachstum der deutschen Bundesländer im Vergleich<sup>a</sup>**

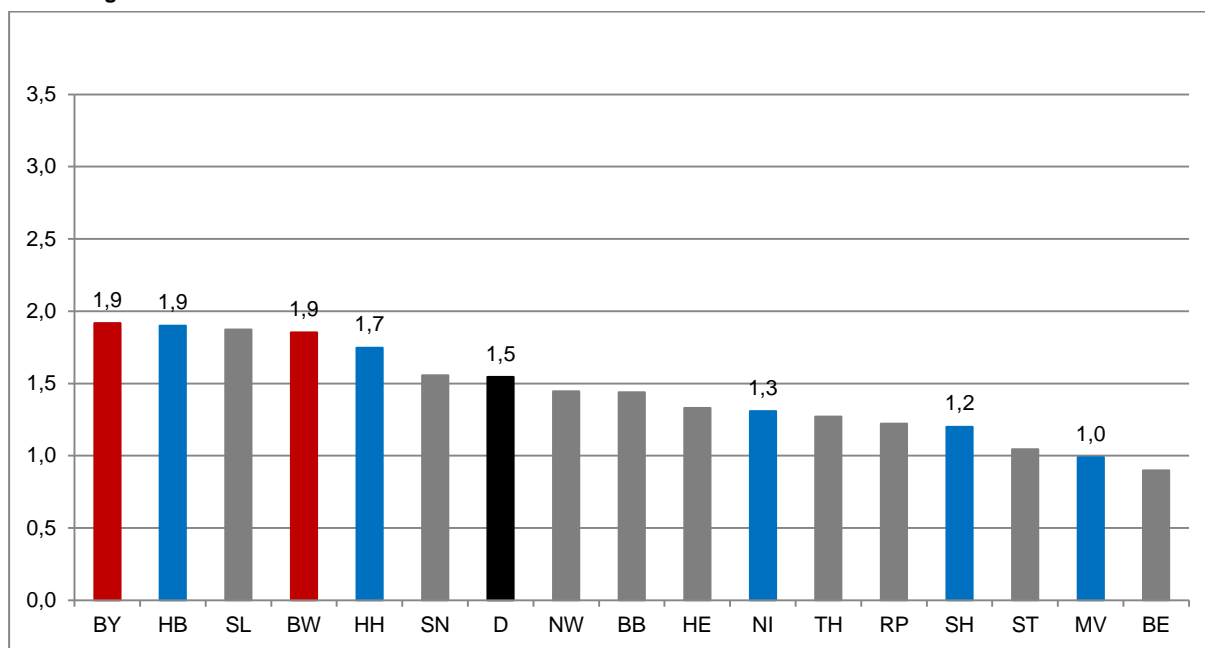
**a. Ranking 2018**



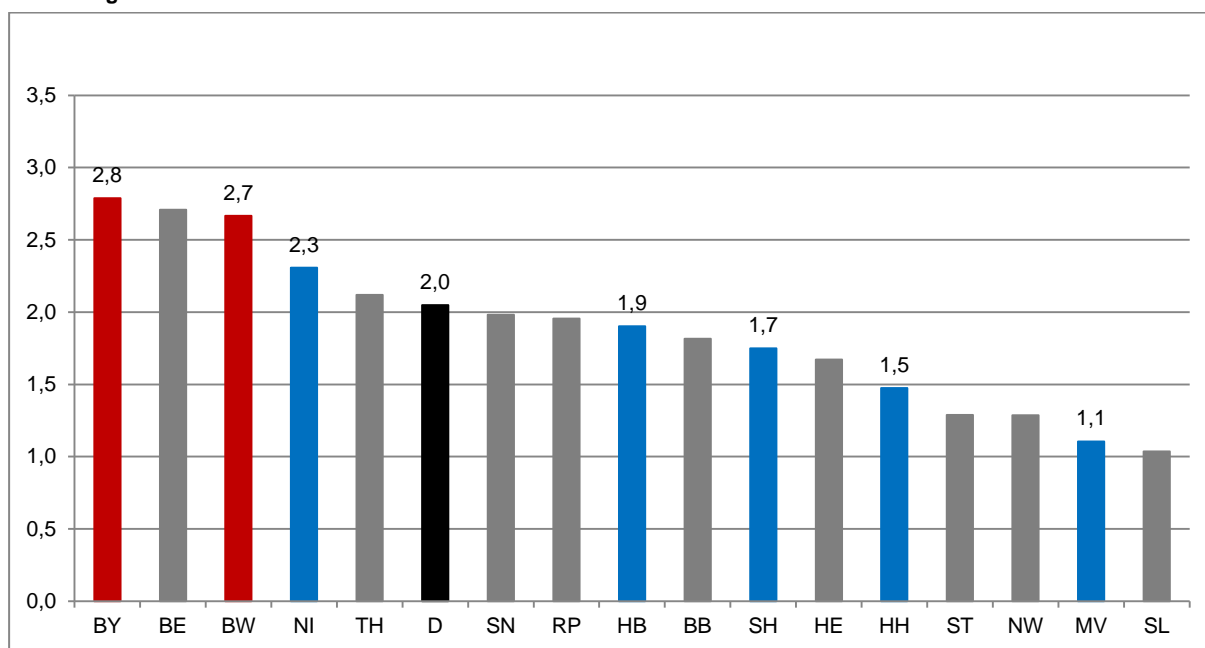
**b. Ranking 2000–2018<sup>b</sup>**



**c. Ranking 2000–2008<sup>b</sup>**



**d. Ranking 2010–2018<sup>b</sup>**



Länderabkürzungen: BW = Baden-Württemberg, BY = Bayern, BE = Berlin, BB = Brandenburg, HB = Bremen, HH = Hamburg, HE = Hessen, MV = Mecklenburg-Vorpommern, NI = Niedersachsen, NW = Nordrhein-Westfalen, RP = Rheinland-Pfalz, SL = Saarland, SN = Sachsen, ST = Sachsen-Anhalt, SH = Schleswig-Holstein, TH = Thüringen. — <sup>a</sup>Reales Wirtschaftswachstum als Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt, verkettet) in %; Ranking nach absteigenden Werten; Bundesländer Nord blau, Bundesländer Süd rot gekennzeichnet. — <sup>b</sup>Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (Compound Annual Growth Rate (CAGR), über den Beobachtungszeitraum.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2019a); eigene Darstellung und Berechnungen.

Branchenkonjunkturen oder sogar einzelne Großaufträge auf die Gesamtentwicklung durchschlagen. So verändert sich das Ranking der Bundesländer, wenn das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum über den Zeitraum von 2000 bis 2018 betrachtet wird (Abbildung 1b). In diesem Ranking rücken die süddeutschen Bundesländer in die Spitzengruppe vor, während Niedersachsen als einziges norddeutsches Bundesland über dem Bundesdurchschnitt liegt. Die beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg fallen hingegen hinter den Bundesdurchschnitt zurück, noch weiter entfernt davon sind Schleswig-Holstein und insbesondere Mecklenburg-Vorpommern. Es zeigt sich ein Süd-Nord-Gefälle, bei dem wiederum der „Norden“ selbst wenig homogen erscheint.

Aber auch innerhalb des gewählten Beobachtungszeitraums gab es unterschiedliche Entwicklungen im Wachstums-Ranking der Bundesländer: In der Teilperiode vor der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 wiesen die Stadtstaaten Bremen und Hamburg noch ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum auf und befanden sich damit auf einem Niveau mit dem „Süden“ (Abbildung 1c). Im Gegensatz dazu waren die anderen norddeutschen Bundesländer in dieser Teilperiode deutlich abgeschlagen. In der Teilperiode nach der Krise verblieb der „Süden“ in der Spitzengruppe der Bundesländer, während bis auf das dann stärker wachsende Niedersachsen der „Norden“ eine vergleichsweise geringe Wachstumsdynamik aufwies (Abbildung 1d).

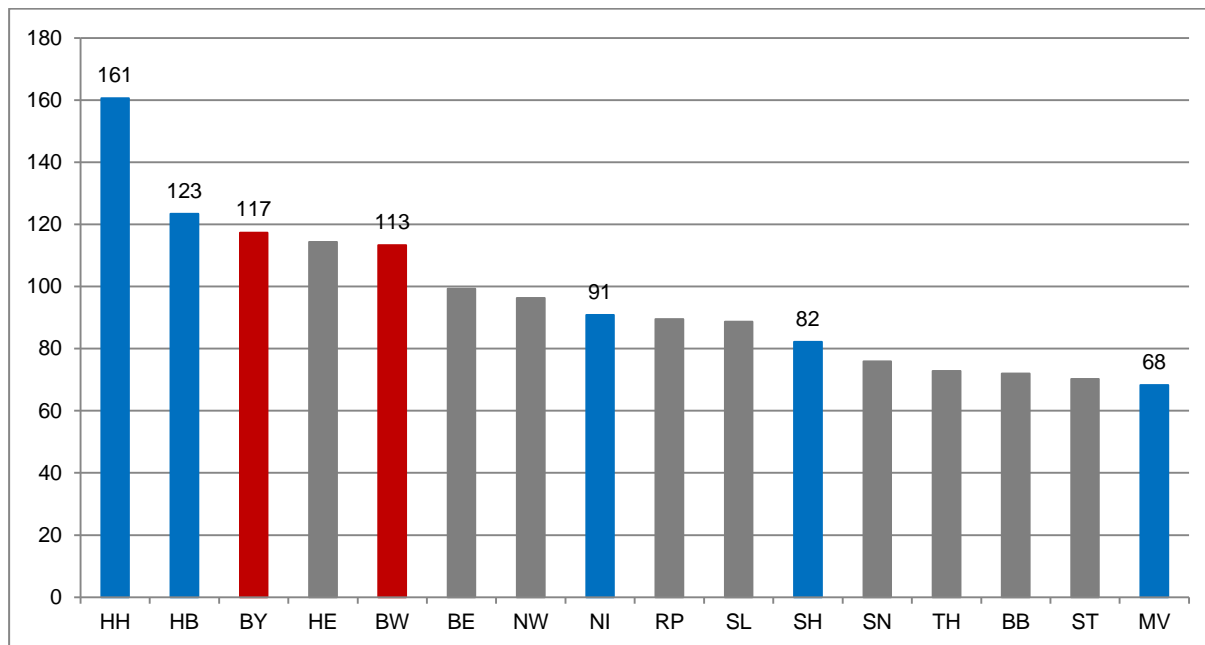
Die Wahl des Beobachtungszeitraums führt demnach zu Verschiebungen im Wachstumsranking der Bundesländer. Es kann dennoch festgehalten werden, dass der „Süden“ anders als der „Norden“ in den 2000er Jahren durchgehend in der Spitzengruppe vertreten war. Über den gesamten Zeitraum schnitten im „Norden“ das Flächenland Niedersachsen und die beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg am besten ab, die beiden kleineren Flächenländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wuchsen weniger stark. Das Bundesländer-Ranking der 2000er Jahre war zudem nicht länger durch einen Aufholprozess der ostdeutschen Bundesländer geprägt – dieser hatten sich in den 1990er Jahren in einem stark überdurchschnittlichen jährlichen Wachstum niedergeschlagen. So wuchs Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1992 und 1999 jährlich um mehr als 5 Prozent im Durchschnitt (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2019a). Die Altbundesländer und Berlin blieben in dieser Zeit mit Wachstumszahlen im 1 Prozent-Bereich weit zurück.

Generell gilt, dass „ärmere“ Länder ein größeres Wachstumspotential als „reichere“ Länder aufweisen, die an der Spitze der technologischen Entwicklung und der Einkommenspyramide stehen. Dieser Zusammenhang ist auch auf die deutschen Bundesländer übertragbar, die nach wie vor große Unterschiede bei den Pro-Kopf-Einkommen aufweisen (Abbildung 2a): Am aktuellen Rand des Jahres 2018 zeigt sich keinesfalls ein einseitiges Gefälle zwischen dem „Norden“ und dem „Süden“, das Bild ist wesentlich vielschichtiger. Die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen liegen deutlich an der Spitze beim Ranking der relativen Pro-Kopf-Einkommen, die Pro-Kopf-Einkommen im „Süden“ sind ebenfalls überdurchschnittlich. Die norddeutschen Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern liegen hingegen zwischen 70 und 90 Prozent des deutschen Pro-Kopf-Einkommens – so ist ein Nord-Nord-Gefälle unübersehbar.

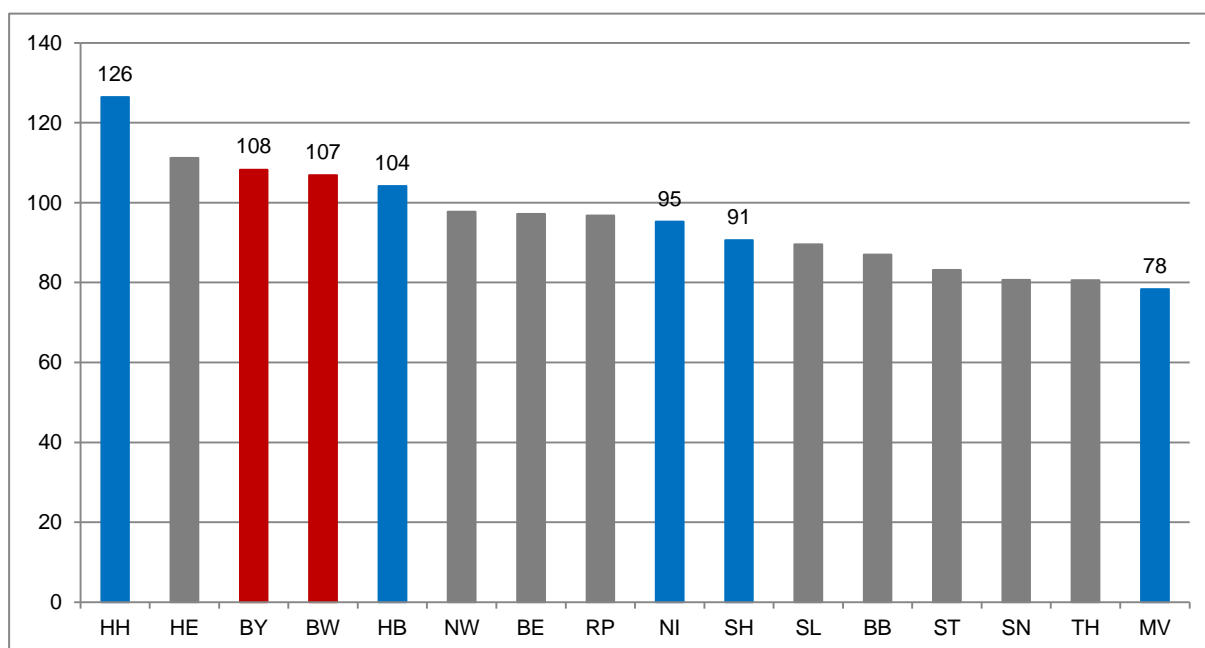
Hierbei handelt es sich nicht um eine zufällige Momentaufnahme, die deutlichen Abstände innerhalb des „Nordens“ haben auch in der Rückschau Bestand. Seit der deutschen Einheit haben sich zwar die Einkommensunterschiede zwischen den Bundesländern insgesamt verringert, jedoch hatte der Einkommensvorsprung der norddeutschen Stadtstaaten zu einem großen Teil Bestand (Tabelle A1a im Anhang). Während jedoch die Flächenländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu Beginn der 1990er Jahre noch nahe am Bundesdurchschnitt lagen, verloren diese seitdem sukzessive an Boden –

**Abbildung 2**  
Relative Pro-Kopf-Einkommen der Bundesländer, Ranking 2018

**a. Auf Basis der Einwohner<sup>a</sup>**



**b. Auf Basis der Erwerbstätigen<sup>b</sup>**



Zu den Länderabkürzungen vgl. Abbildung 1. Ranking der Bundesländer mit absteigenden Werten; Bundesländer Nord blau, Bundesländer Süd rot gekennzeichnet. — <sup>a</sup>Relatives Pro-Kopf-Einkommen= Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Einwohner pro Bundesland in Prozent des entsprechenden Bundesdurchschnitts. — <sup>b</sup>Relatives Pro-Kopf-Einkommen = Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen pro Bundesland in Prozent des entsprechenden Bundesdurchschnitts.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2019b); eigene Darstellung und Berechnungen.

insbesondere Schleswig-Holstein hat mittlerweile einen deutlichen Aufholbedarf. Mecklenburg-Vorpommern hat hingegen um mehr als 30 Prozentpunkte beim relativen Pro-Kopf-Einkommen aufgeholt, dennoch bleibt ein weiter Weg selbst bis zum Einkommensniveau Schleswig-Holsteins.

Die hier dargestellten relativen Einkommensunterschiede schrumpfen, wenn das Bruttoinlandsprodukt nicht auf die Einwohner, sondern auf die Erwerbstätigen bezogen wird<sup>1</sup>, aber die bisherige Einkommenshierarchie bleibt bestehen (Abbildung 2b). Die Unterschiede im „Norden“ werden geringer, ein Nord-Nord-Gefälle ist aber weiterhin sichtbar. Die Entwicklungstendenz in den einzelnen norddeutschen Bundesländern seit den 1990er Jahren ist dieselbe wie bei den Pro-Kopf-Einkommen auf Basis der Einwohner (Tabelle A1b im Anhang).

## 2.2 Die Entwicklung nach Sektoren

Die beobachteten Wachstumsunterschiede auf der Ebene des Bruttoinlandsprodukts spiegelt sich auch bei der Bruttowertschöpfung wider. Der „Süden“ wuchs in der Beobachtungsperiode überdurchschnittlich und dies insbesondere im Zuge der Aufschwungphase nach der Wirtschafts- und Finanzkrise (Tabelle 1). Im Gegensatz dazu stellt sich die Entwicklung im „Norden“ sehr heterogen dar – nur Niedersachsen erreicht im Beobachtungszeitraum den Bundesdurchschnitt und übertrifft diesen in der Nachkrisenperiode. Zusätzlichen Aufschluss gibt aber erst eine sektorale Analyse der Bruttowertschöpfung, mit der Wachstumsunterschiede nach Wirtschaftsbereichen identifiziert werden können. Dabei wird für Deutschland insgesamt deutlich, dass die höchsten durchschnittlichen Wachstumsraten im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ realisiert wurden. Das Verarbeitende Gewerbe wuchs besonders stark in der letzten Aufschwungphase, so dass Bundesländer mit einem hohen Anteil dieses Bereichs an ihrer Bruttowertschöpfung in besonderer Weise vom Aufschwung profitieren konnten. Dies trifft für den „Süden“ zu, vor allem für Baden-Württemberg, aber auch Niedersachsen und Bremen konnten mit einem für den „Norden“ relativ hohen Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an dieser Wachstumsentwicklung teilhaben. Die anderen norddeutschen Bundesländer sind hier allerdings nur schwach aufgestellt.

Bei dem ebenfalls stärker wachsenden Dienstleistungsbereich „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ sieht das Bild für den „Norden“ günstiger aus. Hier haben die norddeutschen Stadtstaaten ihre Stärke, was sich vor allem beim Wachstum in der Vorkrisenperiode bemerkbar machte. Auch für Schleswig-Holstein trifft diese im geringeren Ausmaß zu. In der Nachkrisenperiode fehlten diese Wachstumsimpulse im „Norden“ jedoch, was die deutlich niedrigeren Wachstumsraten zeigen. Der Aufschwung basierte offensichtlich vornehmlich auf der Expansion im Verarbeitenden Gewerbe, nicht aber auf der Entwicklung bei den Dienstleistungen.

Der „Norden“, vor allem Hamburg, ist ebenfalls relativ stark bei den Dienstleistungen im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- u. Wohnungswesen“ vertreten. Hier gab es im Beobachtungszeitraum allerdings kaum Wachstumsimpulse. Gleiches gilt für den Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte“, der vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein einen relativ hohen Anteil an der Bruttowertschöpfung hat.

---

<sup>1</sup> Damit werden Effekte, die auf möglicherweise überproportional vertretene wirtschaftlich inaktive Bevölkerungsgruppen zurückzuführen sind, ausgeblendet.



**Tabelle 1**  
**Die Entwicklung der sektoralen Bruttowertschöpfung der norddeutschen und süddeutschen Bundesländer**  
**2000–2018<sup>a,b</sup>**

Wirtschaftsbereiche	Nord					Süd		Deutsch-land
	HB	HH	MV	NI	SH	BW	BY	D
<b>Insgesamt (A-T)</b>								
<i>Durchschnittliche reale</i>								
<i>Wachstumsraten in Prozent</i>								
2000-2018	1,4	1,4	1,0	1,5	1,3	1,7	2,1	1,5
2000-2008	2,1	2,0	1,2	1,5	1,4	2,1	2,2	1,8
2010-2018	1,9	1,5	1,1	2,3	1,8	2,7	2,8	2,0
<i>Anteil an der Bruttowertschöpfung</i>								
<i>in Prozent</i>								
2018	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)</b>								
<i>Durchschnittliche reale</i>								
<i>Wachstumsraten in Prozent</i>								
2000-2018	-10,8	-3,4	-2,3	0,0	-1,7	-1,0	-0,6	-0,9
2000-2008	-16,7	3,0	2,6	4,0	3,2	0,8	2,9	2,7
2010-2018	-7,2	-9,7	-6,1	-4,3	-5,3	-2,9	-3,2	-4,1
<i>Anteil an der Bruttowertschöpfung</i>								
<i>in Prozent</i>								
2018	0,0	0,1	2,4	1,6	1,2	0,5	0,9	0,8
<b>Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (B-E)</b>								
<i>Durchschnittliche reale</i>								
<i>Wachstumsraten in Prozent</i>								
2000-2018	1,4	2,5	2,8	1,7	1,5	2,4	3,2	2,0
2000-2008	0,2	3,0	2,9	0,6	1,4	2,9	3,1	2,3
2010-2018	5,2	4,6	4,3	5,0	3,5	5,0	4,8	3,9
<i>Anteil an der Bruttowertschöpfung</i>								
<i>in Prozent</i>								
2018	25,2	15,3	15,7	27,2	19,1	35,3	29,1	25,8
<b>Verarbeitendes Gewerbe (C)</b>								
<i>Durchschnittliche reale</i>								
<i>Wachstumsraten in Prozent</i>								
2000-2018	1,7	2,7	3,0	1,9	1,6	2,4	3,4	2,1
2000-2008	0,7	3,8	4,5	0,9	2,5	3,1	3,4	2,6
2010-2018	6,6	5,2	3,8	5,7	3,3	5,4	5,2	4,4
<i>Anteil an der Bruttowertschöpfung</i>								
<i>in Prozent</i>								
2018	22,6	13,2	11,6	24,0	15,3	33,3	27,3	23,1
<b>Baugewerbe (F)</b>								
<i>Durchschnittliche reale</i>								
<i>Wachstumsraten in Prozent</i>								
2000-2018	-1,3	-0,9	-2,3	-0,4	0,5	-0,3	0,4	-0,6
2000-2008	-1,6	-4,0	-6,3	-2,4	-2,3	-2,1	-1,1	-2,9
2010-2018	0,1	2,3	2,0	1,7	3,4	2,0	2,3	2,0
<i>Anteil an der Bruttowertschöpfung</i>								
<i>in Prozent</i>								
2018	3,5	3,1	7,2	5,6	6,3	5,1	5,4	5,3

**Tabelle 1 Fortsetzung**

Wirtschaftsbereiche	Nord					Süd		Deutschland
	HB	HH	MV	NI	SH	BW	BY	D
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation (G-J)								
<i>Durchschnittliche reale Wachstumsraten in Prozent</i>								
2000-2018	2,5	2,7	1,6	2,4	2,2	3,1	2,7	2,4
2000-2008	5,8	5,0	3,0	4,1	3,6	4,8	3,1	3,5
2010-2018	0,6	1,1	0,0	1,8	1,5	2,4	3,3	2,1
<i>Anteil an der Bruttowertschöpfung in Prozent</i>								
2018	27,1	31,7	19,5	18,8	21,8	18,7	20,6	21,0
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- u. Wohnungswesen (K-N)								
<i>Durchschnittliche reale Wachstumsraten in Prozent</i>								
2000-2018	0,7	0,0	1,6	1,4	0,7	0,7	1,2	0,9
2000-2008	1,2	0,0	2,2	1,7	0,5	0,4	1,6	1,3
2010-2018	1,2	0,5	1,0	1,5	1,4	1,4	1,7	1,2
<i>Anteil an der Bruttowertschöpfung in Prozent</i>								
2018	22,6	31,7	21,8	23,1	23,8	22,8	25,6	25,1
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte (O-T)								
<i>Durchschnittliche reale Wachstumsraten in Prozent</i>								
2000-2018	1,0	1,1	0,5	1,1	1,1	1,0	1,2	1,0
2000-2008	1,2	0,6	0,2	1,0	1,0	1,3	1,2	0,9
2010-2018	1,2	1,4	0,8	1,2	1,2	0,7	1,2	1,1
<i>Anteil an der Bruttowertschöpfung</i>								
2018	21,6	18,1	33,5	23,7	27,8	17,6	18,4	22,1

Zu den Länderabkürzungen vgl. Abbildung 1; Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche nach WZ 2008. — <sup>a</sup>Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (Compound Annual Growth Rate (CAGR) der Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) über den jeweiligen Beobachtungszeitraum. — <sup>b</sup>Anteil an der Bruttowertschöpfung insgesamt in jeweiligen Preisen.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2019b); eigene Darstellung und Berechnungen.

Vor diesem Hintergrund kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass im Verlauf der 2000er Jahre – insbesondere in der letzten Aufschwungphase – der „Süden“ gegenüber dem Norden von seiner sektoralen Spezialisierung mit einem starken Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes profitieren konnte. Das heißt auch, dass der Aufschwung der letzten Jahre weniger stark im „Norden“ angekommen ist; die vergleichsweise industriestarken Bundesländer Niedersachsen und Bremen hatten noch eine größere Teilhabe. Hinzu kommt, dass die Tätigkeiten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich entlohnt werden: Einkommenstreiber sind nach wie vor Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe und in den damit verbundenen unternehmensbezogenen Dienstleistungsbereichen. Dort wo dieser Zweiklang weniger stark entwickelt ist, zeigen sich auch strukturelle Einkommenschwächen. Dies betrifft insbesondere die kleinen Flächenländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.<sup>2</sup> Niedersachsen hat hingegen industrielle Kernregionen aufzuweisen, mit einem Schwerpunkt in der Automobilindustrie. Ein Stadtstaat wie Hamburg profitiert wiederum von den Standortvorteilen einer Metropole, die hochwertige Dienstleistungen anzieht und weniger stark auf industrielle Strukturen angewiesen ist. Bremen kann wiederum auf einem Branchenmix aus noch vorhandenem Verarbeitenden Gewerbe und seiner Dienstleistungskultur aufbauen. Häufig liegen Pfadabhängigkei-

<sup>2</sup> Vgl. hierzu Schrader, Laaser und Sichelschmidt (2006: 10–14).

ten vor, die sich als vorteilhaft in Zeiten der Herausforderungen durch Globalisierung und Digitalisierung erweisen. Näheren Aufschluss kann aber nur eine tiefere Analyse der sektoralen Wirtschaftsstrukturen der Bundesländer geben.

### 3 Investitionen in Nord und Süd

Die unterschiedliche Wirtschaftskraft der nord- und süddeutschen Bundesländer könnte man auch an der Investitionstätigkeit festmachen. Doch ein Gefälle zwischen den Bundesländern ist auf Basis der privaten und öffentlichen Investitionstätigkeit der letzten Jahre nicht erkennbar (Tabelle 2a). Mit der Ausnahme von Bremen übertrafen die Investitionsquoten aller betrachteten Bundesländer im „Norden“ und im „Süden“ den Bundesdurchschnitt. Spitzenreiter waren Bayern und Mecklenburg-Vorpommern, wo im Verhältnis zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt die privaten und öffentlichen Investitionen am höchsten waren – und das nicht nur im Durchschnitt des Beobachtungszeitraum von 2011 bis 2016, sondern auch im letzten verfügbaren Jahr 2016. In diesem Jahr lag auch Schleswig-Holstein nahe an den beiden Spitzenreitern. Im Fall Mecklenburg-Vorpommerns sind die relativ hohen Investitionsausgaben insofern vorauszusetzen, da in diesem Bundesland der Aufholbedarf immer noch am höchsten ist; in abgeschwächter Form trifft dies auch für Schleswig-Holstein zu. In Schleswig-Holstein liegen die Investitionen in „neue Bauten“ deutlich über dem Durchschnitt und prägen das Gesamtergebnis. In Hamburg ist genau das Gegenteil der Fall, wo Investitionen in „neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen“ dominieren und erst zu einer überdurchschnittlichen Gesamtinvestitionsquote führen.

Ein Süd-Nord-Gefälle ist allerdings bei den Investitionsausgaben der Länder und Gemeinden zu beobachten (Tabelle 2b). Gemessen an den Gesamtausgaben liegen Bayern und Baden-Württemberg im Durchschnitt der Jahre seit 2011 deutlich über dem Bundesdurchschnitt und vor den norddeutschen Bundesländern – Mecklenburg-Vorpommerns Investitionsanteil an den Gesamtausgaben ist noch am höchsten im „Norden“, liegt aber unter dem Bundesdurchschnitt. Am aktuellen Rand der ersten drei Quartale des Jahres 2018 schiebt sich Mecklenburg-Vorpommern sogar zwischen Bayern und Baden-Württemberg. Und wenn die öffentlichen Investitionsausgaben auf das Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Bundeslandes bezogen werden, liegt Mecklenburg-Vorpommern sogar vor dem „Süden“. Bei dieser Investitionsquote liegen ansonsten alle betrachteten Bundesländer näher beieinander, ein Gefälle ist nicht vorhanden. Angesichts der wesentlich höheren Bruttoinlandsprodukte im „Süden“ ist dort jedoch das absolute Volumen der öffentlichen Investitionen wesentlich höher. Auch ist zu bedenken, dass ein Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern noch einen langen Aufholprozess vor sich hat, der höhere Investitionsausgaben sinnvoll erscheinen lässt. Gleiches gilt im Prinzip ebenso für Schleswig-Holstein, das eine höhere Investitionsquote aufweisen sollte als „reichere“ Bundesländer.

Wenn die Baumaßnahmen der Länder und Gemeinden gesondert betrachtet werden, fallen auch hier, wiederum in Relation zu den Gesamtausgaben, die überdurchschnittlichen Anteile im „Süden“ auf. Im „Norden“ sind Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein diesen Werten am nächsten, während Niedersachsen und die Stadtstaaten stark abfallen. Dies trifft sowohl für den Durchschnitt seit 2011 als auch für den aktuellen Rand des Jahres 2018 zu.

Somit bleibt auf Basis der vorliegenden Investitionsdaten der Eindruck, dass die privaten Investitionen im Nord-Süd-Vergleich nicht zu einem Gefälle zuungunsten des „Nordens“ beitragen. Vielmehr scheint ein Nachholbedarf bei den öffentlichen Investitionen vorzuliegen. Doch auch bei den öffentlichen

Investitionsausgaben lohnt eine differenziertere Analyse: Werden die Investitionen dort getätigt, wo der größte Nachholbedarf besteht? Ist der öffentliche Investitionsbedarf in den norddeutschen Stadtstaaten aufgrund abweichender Wirtschaftsstrukturen geringer als in den Flächenstaaten? Welche Rolle spielen in den einzelnen Bundesländern politische und juristische Hindernisse bei der Realisierung von Investitionsprojekten? Wo führen zu geringe Planungskapazitäten zu Verzögerungen oder zum Verzicht auf Investitionsprojekte? Erst Antworten auf diese Fragen geben Aufschluss darüber, welche Ursachen sich hinter dem unterschiedlichen Investitionsverhalten verbergen.

**Tabelle 2**  
**Investitionstätigkeit in den nord- und süddeutschen Bundesländern**

	Nord					Süd		Deutsch- land
	HB	HH	MV	NI	SH	BW	BY	D
<b>a. Neue Anlagen 2011–2016</b>								
Insgesamt								
Investitionsquote <sup>a</sup> 2011–2016	16,8	22,0	23,3	21,7	21,9	22,0	24,0	20,6
Investitionsquote <sup>a</sup> 2016	16,6	21,5	24,0	21,2	23,2	22,2	24,0	20,7
<i>darunter:</i>								
(i) Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen								
Investitionsquote <sup>a</sup> 2011–2016	10,7	14,2	12,0	10,8	9,9	12,0	12,1	11,0
Investitionsquote <sup>a</sup> 2016	10,5	15,3	10,3	10,9	10,2	11,5	11,7	10,9
(ii) Neue Bauten								
Investitionsquote <sup>a</sup> 2011–2016	6,0	7,3	12,0	10,4	13,3	10,2	12,0	9,7
Investitionsquote <sup>a</sup> 2016	6,3	6,7	13,0	10,8	11,7	10,4	12,2	9,8
<b>b. Investitionsausgaben der Länder und Gemeinden 2011–2018<sup>c</sup></b>								
Insgesamt								
Anteil an den Gesamtausgaben <sup>b</sup> 2011–2018 <sup>d</sup>	9,4	11,1	11,9	9,6	10,9	13,6	15,4	12,0
Anteil an den Gesamtausgaben <sup>b</sup> 2018 <sup>d</sup>	5,1	7,3	12,6	7,9	9,7	11,0	14,3	9,9
Investitionsquote <sup>a</sup> 2011–2017 <sup>e</sup>	1,9	1,8	2,8	1,6	2,1	2,0	2,1	2,0
Investitionsquote <sup>a</sup> 2017 <sup>e</sup>	1,7	2,5	2,7	1,3	2,5	2,1	2,1	1,9
<i>darunter:</i>								
Baumaßnahmen								
Anteil an den Gesamtausgaben <sup>b</sup> 2011–2018 <sup>d</sup>	2,2	4,5	6,0	4,2	5,2	7,0	8,4	5,3
Anteil an den Gesamtausgaben <sup>b</sup> 2018 <sup>d</sup>	1,2	2,5	5,9	3,8	5,2	6,5	8,1	4,8
Investitionsquote <sup>a</sup> 2011–2017 <sup>e</sup>	0,4	0,7	1,4	0,7	1,0	1,0	1,2	0,9
Investitionsquote <sup>a</sup> 2017 <sup>e</sup>	0,6	0,9	1,4	0,7	1,1	1,1	1,1	0,9

Zu den Länderabkürzungen vgl. Abbildung 1. — <sup>a</sup>Investitionen in Prozent des jeweiligen BIP. — <sup>b</sup>Investitionsausgaben in Prozent der bereinigten Gesamtausgaben. — <sup>c</sup>Zu den Investitionsausgaben zählen: Baumaßnahmen; Erwerb von unbeweglichen Sachen; Erwerb von beweglichen Sachen; Erwerb von Beteiligungen und dgl.; Darlehen an andere Bereiche und Inanspruchnahme aus Gewährleistungen, Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche. — <sup>d</sup>Für 2018 sind nur Werte für das 1. bis 3. Quartal verfügbar. — <sup>e</sup>2017 ist das letzte vollständige Jahr.

*Quelle:* Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2019c); Statistisches Bundesamt (Ifd. Jgg.); eigene Darstellung und Berechnungen.

## 4 Standortqualität im Nord-Süd-Vergleich

Ursachen für die Einkommens- und Wachstumsunterschiede zwischen dem „Norden“ und dem „Süden“ sowie innerhalb der Gruppe der norddeutschen Bundesländer lassen sich aus Bundesländer-Rankings ableiten, welche die Standortqualitäten in den Bundesländern miteinander vergleichen.

Sicherlich sind diese Rankings nicht ohne Probleme:

- Selbst die allerneuesten enthalten häufig Daten von etwas zurückliegenden Beobachtungsjahren.
- Häufig geben die Rankings (auch) die subjektiven Einschätzungen der jeweils befragten Experten wieder.
- Bei allen derartigen Rankings stellt sich zudem das Problem der Gewichtung, denn meist wird eine Vielzahl von Kriterien abgefragt und am Schluss in eine durchschnittliche Maßzahl aggregiert.

Trotzdem können sie wertvolle Hinweise auf die unterschiedlichen Standortbedingungen in den untersuchten Bundesländern geben. Denn sie beruhen auf einem umfangreichen Bestand amtlicher und nicht-amtlicher Statistiken und geben aus völlig verschiedenen thematischen Perspektiven Einblicke in die Verhältnisse vor Ort. Eine synoptische Betrachtung der unterschiedlichen Sichtweisen der angestellten Rankings erlaubt daher weitergehende Rückschlüsse auf die Standortqualität.

Für diese Analyse wurden die nachfolgenden Rankings ausgewählt, die für die vorliegende Fragestellung geeignet erscheinen:

- Bereich Infrastruktur
  - i. Ranking der Investitionen in die Infrastruktur in den Bundesländern durch das IW Köln (Beznoska und Hentze 2018),
  - ii. Bundesländerranking beim „INSM-Bildungsmonitor 2018“, zusammengestellt vom IW Köln (Anger et al. 2018; IW Köln 2018),
- Bereich Wirtschaftsstruktur
  - i. Rankings des Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen 2017 und der Firmeninsolvenzen je 10.000 Unternehmen 2018 nach Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis 2019a,b,c,d),
  - ii. Ranking der Unternehmensgrößen nach Bundesländern, ebenfalls nach Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis 2019a,b,c,d),
- Bereich Innovationen und Zukunftsorientierung
  - i. Bundesländerranking der angemeldeten Digitalisierungspatente, zusammengestellt vom IW Köln (Berger et al. 2017),
  - ii. Ranking des Anteils der Beschäftigten in ITK- Berufen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eines Bundeslandes (Bitkom.org 2016),
  - iii. „Innovationskraft-Ranking“ aufgrund einer Expertenumfrage durch brandeins.de (2018).

- iv. der „Deutsche Startup Monitor 2018“ mit Informationen über die Startups in den Bundesländern einschließlich einer Standortbetrachtung (Deutscher Startup Monitor 2018),
- v. das „Scoreboard of Indicators“ zur Innovationsfähigkeit eines Landes oder einer Region, wie es von der Europäischen Kommission (EU Commission 2017a,b) erhoben wird.

## 4.1 Infrastrukturrankings

Das wirtschaftliche Zentrum Deutschlands liegt eher im „Süden“. Die nördlichen Bundesländer haben daher teilweise einen Lagenachteil gegenüber zentraler gelegenen Bundesländern. Das gilt insbesondere für Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Umso wichtiger sind für den „Norden“ funktionierende Infrastruktureinrichtungen, um diesen Lagenachteil auszugleichen.

### 4.1.1 Staatliche Bauinvestitionen nach Bundesländern

Näherungsweise hat sich das Institut der deutschen Wirtschaft mit der Frage nach Infrastrukturinvestitionen beschäftigt und ein Bundesländerranking anhand der Bauinvestitionen der Länder und ihrer Gemeinden aufgestellt (Beznoska und Hentze 2018). Die Autoren vergleichen die Bauinvestitionen der Länder und Gemeinden für den Zeitraum 2010 bis 2017 miteinander, wobei sie auf Daten des Statistischen Bundesamtes zu den Kassenergebnissen des Öffentlichen Gesamthaushaltes zurückgreifen. Zwar betreffen die daraus gewonnenen Daten alle Bauten, also bei weitem nicht nur Einrichtungen der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Aber hier sind etwa auch Investitionen in Schulen und andere Infrastruktureinrichtungen im weitesten Sinne inbegriffen, so dass sich zumindest ein realistisches Bild über die gesamte Infrastrukturinvestitionen gewinnen lässt.

Wenn man die Infrastrukturinvestitionen des Bundes ausblendet, die einen geringeren Anteil an den Bundesausgaben ausmachen als die entsprechenden Positionen bei Ländern und Gemeinden (ibid.: 2), dann zeigen sich in der Tat sehr unterschiedliche „Investitionsquoten“ zwischen den Ländern, verstanden als Anteil der Ausgaben für Baumaßnahmen an den bereinigten Ausgaben. Es gibt hier zum einen ein ausgesprochenes Süd-Nord-Gefälle: Bayern und Baden-Württemberg führen das Ranking im Jahr 2017 eindeutig an, wobei sich zwar gewisse Unterschiede im Investitionsverhalten im Durchschnitt der Jahre 2010-2016 und im Jahr 2017 ergeben. Insgesamt ist das Bild aber stabil (Tabelle 3).

**Tabelle 3:**  
**Bauinvestitionen der Länder und Gemeinden 2010–2017**  
**Anteil der Ausgaben für Baumaßnahmen an den bereinigten Ausgaben**

Rang	Land	2010-2016	2017
1	Bayern	8,6	8,2
2	Baden-Württemberg	7,0	7,7
4	Mecklenburg-Vorpommern	6,1	6,5
6	Hamburg	4,6	5,5
7	Schleswig-Holstein	5,3	5,4
--	Durchschnitt der Bundesländer	5,5	5,3
10	Niedersachsen	4,4	4,2
14	Bremen	2,3	3,1

Quelle: Beznoska und Hentze (2018); eigene Zusammenstellung.

Zum anderen zeigt sich im Norden ein recht heterogenes Bild. Wenig überraschend dürfte sein, dass Mecklenburg-Vorpommern 2017 auf Platz 4 steht (ibid.: 2). Denn hier dürften sich noch Nachholeffekte aus der Förderung der wirtschaftlich nach wie vor noch aufholenden neuen Bundesländer niederschlagen. Hamburg und Schleswig-Holstein konnten 2017 auf den Plätzen 6 und 7 leicht höhere Investitionsquoten realisieren als es im Durchschnitt aller Bundesländer der Fall war, was aber in den Jahren zuvor durchaus nicht zutraf. Niedersachsen und noch stärker Bremen landeten 2017 mit deutlich unterdurchschnittlichen Bauinvestitionsquoten nur auf den Plätzen 10 und 14, auch zuvor schnitten sie nicht besser ab.

Insofern lässt sich das Fazit ziehen: Der „Süden“ wendet einen höheren Anteil seiner Staatsausgaben für Investitionen in Bauten auf. Zwar lässt sich einwenden, dass eine reine „Ziegel- und Mörtelphilosophie“ noch keine Garantie für ein kräftigeres Wachstum gibt. Öffentliche Bauinvestitionen können sich auch als Investitionsruinen erweisen. Angesichts eines vielfach beklagten Zustandes der Infrastruktur der verschiedensten Teilbereiche dürften jedoch die gefundenen Unterschiede Hinweise darauf geben, dass der „Süden“ hier mehr tut.

#### 4.1.2 Bildungsinfrastruktur

Zur Infrastruktur gehört auch das Bildungswesen, legt es doch die Grundlagen für die Humankapitalbildung und liefert die geistigen Ressourcen für die künftige wirtschaftliche Entwicklung, die gerade in einem hochentwickelten Land in besonderem Maße vom Einsatz von Wissen und Fertigkeiten in der Produktion abhängt. Einen sehr detaillierten Einblick über die Bildungslandschaft der deutschen Bundesländer liefert das Bundesländerranking beim INSM-Bildungsmonitor für 2018, der vom IW Köln herausgegeben wird und Teil der aktuellen Studie von Anger et al. (2018: Abschnitt 4) ist. Beim Bildungsmonitor werden insgesamt 93 Einzelindikatoren in zwölf Handlungsfeldern untersucht, die im Wesentlichen die Kompetenzen der Schüler, Klassengrößen, Ganztagsbetreuung und Bildungsausgaben dokumentieren.<sup>3</sup> Die Werte werden zu einer Maßzahl für die Qualität des Bildungswesens der Bundesländer aggregiert (IW Köln 2018). Der Bildungsmonitor wird alljährlich erhoben und zeigt so auch Entwicklungstendenzen auf.

Was den aktuellen Stand angeht, so zeigt das Bundesländer-Ranking für das Jahr 2018 ein deutliches Süd-Nord-Gefälle. Die beiden Spitzenpositionen nehmen zwar Sachsen mit 69,0 und Thüringen mit 61,0 Punkten ein, doch dann folgt auf Rang 3 bereits Bayern mit 60,2 Punkten. Mit einigem Abstand kommen dann Baden-Württemberg mit 54,8 und Hamburg als bestplatziertes norddeutsches Land mit 54,7 Punkten auf Ränge 4 und 5 (Tabelle 4). Mit abermals deutlichem Abstand folgen die nördlichen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen auf den Rängen 7 und 8. Schleswig-Holstein als 11. Bundesland und Bremen auf dem letzten Platz sind noch weiter abgeschlagen.

Bei den Veränderungen gegenüber dem Vorjahr 2017 kommt Schleswig-Holstein im Jahr 2018 (nach Berlin) immerhin auf Platz 2 als eines der beiden Länder, die immerhin eine – wenn auch nur geringe – Verbesserung im Indikatorwert aufweisen können (Tabelle 4). Bei einer Reihe von Kriterien kann das zweitplatzierte Schleswig-Holstein besser abschneiden<sup>4</sup>. Alle anderen der in diesem Vergleich analy-

---

<sup>3</sup> Die Handlungsfelder sind: Förderinfrastruktur, Internationalisierung, Berufliche Bildung, Betreuungsbedingungen, Ausgabenpriorisierung, Inpoteffizienz, Zeiteffizienz, Forschungsorientierung, Hochschule und MINT, Integration, Schulqualität und Bildungsarmut (Anger et al. 2018: 12–97).

<sup>4</sup> Dies sind: (i) eine höhere Absolventenquote von Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Fachschulen, (ii) ein geringerer Anteil Schulabgänger ohne Abschluss, (iii) eine bessere Schüler-Lehrer-Relation an Teilzeit-Berufsschulen, (iv) eine höhere Relation der Ausgaben pro Schuler an allgemein bildenden Schulen (ohne

sierten Bundesländer müssen eine Verschlechterung des Indikatorwerts hinnehmen. Hamburg steht mit  $-1,1$  immerhin noch auf Platz 3 aller Bundesländer, Bayern mit  $-1,3$  auf Rang 5. Die übrigen Bundesländer des Nord-Süd-Vergleichs landen weit abgeschlagen auf den Plätzen, darunter auch Baden-Württemberg auf Platz 13.

**Tabelle 4:**  
**Länderergebnisse 2018 beim INSM-Bildungsmonitor und Veränderungen gegenüber Vorjahren**

	Stand 2018		Veränderung 2018 zu 2017		Veränderung 2018 zu 2013	
	Rang	Indikatorwert	Rang	Indikatorwert	Rang	Indikatorwert
Sachsen	1	69,2	6	-1,5	9	0,5
Thüringen	2	61,0	12	-2,4	16	-3,2
Bayern	3	60,2	5	-1,3	4	3,5
Baden-Württemberg	4	54,8	13	-3,0	13	-1,7
Hamburg	5	54,7	3	-1,1	2	6,3
Saarland	6	52,9	7	-1,7	1	13,2
Mecklenburg-Vorpommern	7	49,5	14	-3,5	8	1,5
Niedersachsen	8	49,3	10	-1,9	5	3,3
Rheinland-Pfalz	9	48,8	4	-1,2	7	1,6
Hessen	10	48,0	11	-2,0	11	0,0
Schleswig-Holstein	11	48,0	2	0,8	6	2,3
Sachsen-Anhalt	12	47,6	16	-3,9	14	-2,8
Berlin	13	44,0	1	1,0	3	4,9
Brandenburg	14	43,7	15	-3,6	15	-3,0
Nordrhein-Westfalen	15	43,5	8	-1,7	10	0,4
Bremen	16	42,5	9	-1,7	12	-0,5

Quelle: Anger et al. (2018: 137); eigene Zusammenstellung.

Etwas anders sieht das Ranking bei den längerfristigen Veränderungen gegenüber dem Jahr 2013 aus. Unter den Ländern des Nord-Süd-Vergleichs schneidet Hamburg mit einem Punktezuwachs von  $+6,3$  auf Rang 2 am besten ab, gefolgt von Bayern mit  $+3,5$  auf Rang 4 und Niedersachsen auf Platz 5 mit  $+3,3$  Punkten und Schleswig-Holstein auf Platz 6 mit  $+2,3$ . Bemerkenswert ist, dass Bremen, das letztplatzierte Bundesland des Status quo-Rankings, und Baden-Württemberg als Vertreter des Südens bei den Veränderungen abgeschlagen auf den Plätzen 12 und 13 stehen.

Insofern zeigt sich beim aktuellen Stand des Bildungssystems ein Gefälle zwischen dem „Süden“ und dem „Norden“ – ohne Hamburg –, während sich bei den Veränderungen ein eher gemischtes Bild bietet. Bayern ist dabei relativ gut platziert, das gilt allerdings nicht für Baden-Württemberg. In jedem Fall ist beim Bildungssystem im „Norden“ noch viel Luft für Verbesserungen, das macht der INSM-Bildungsmonitor deutlich.

## 4.2 Strukturrankings

### 4.2.1 Ranking der Gewerbemeldungen und Firmeninsolvenzen

Auch die regionale Stabilität der Wirtschaft hat Auswirkungen auf Einkommen und Wachstum. Wenn die Wirtschaftsstruktur auf die Herstellung einkommenselastischer Produkte ausgerichtet ist, dann dürften sich die Zahl der Unternehmen und Betriebe positiv entwickeln und weniger Ausfälle, sprich Insolvenzen, zu verzeichnen sein. Aufschluss über diese Dynamik im „Norden“ und im „Süden“ geben

---

Grundschulen) zu den unmittelbaren Ausgaben pro Einwohner und (v) ein höherer Anteil der Berufsschüler mit Fremdsprachenunterricht (Anger et al. 2018: 138).



in diesem Zusammenhang die Gewerbeanzeigen- und die Insolvenzstatistik des Statistischen Bundesamtes (Destatis 2019a,b,c,d).

Betrachtet man zunächst den Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen im Zeitraum 2010-2017 (Anhangtabelle A2), so zeigt sich abermals ein Stadtstaaten-Flächenstaaten-Gefälle, während das Süd-Nord-Gefälle nicht gleichermaßen ausgeprägt ist. Hamburg und Bremen haben bis auf wenige Ausnahmejahre die höchsten Quoten aus dem Saldo der Gewerbean- und abmeldungen und der Zahl bestehender Betriebe. Ihre Wirtschaft wird also durchweg am schnellsten vielfältiger. Bayern hat ebenfalls vergleichsweise hohe Quoten aufzuweisen und ist auf einem vorderen Platz zu finden. In Baden-Württemberg ist die Quote niedriger, so dass sich für die ersten Jahre des Beobachtungszeitraums eine Rangfolge „BY besser als NI und SH besser als BW“ aufstellen lässt. Erst seit 2014 lässt sich feststellen, dass Schleswig-Holsteins Position zunehmend schwächer wird, während Niedersachsen beginnt, mit Bayern mitzuhalten. Mecklenburg-Vorpommern zeigt seit 2012 sogar mehr Gewerbeab- als -anmeldungen und dementsprechend eine negative Quote. Die Zahl der Gewerbe dort schrumpft also sogar.

Die Insolvenzstatistik (Destatis 2019b) zeigt ein deutlich anderes Bild im „Norden“ als im „Süden“ (Anhangtabelle A3): In den Jahren 2014-2016<sup>5</sup> lag die Quote der Insolvenzen bezogen auf die Zahl der bestehenden Unternehmen in Baden-Württemberg und in Bayern signifikant unter der in den Bundesländern des Nordens. Eine hohe Insolvenzquote könnte zwar auch bedeuten, dass in der betreffenden Region der Wandel der Wertschöpfungs- und Beschäftigungsstrukturen vorankommt und nicht mehr wettbewerbsfähige Unternehmen verstärkt den Markt verlassen. Wenn man die Insolvenzquoten jedoch mit den zuvor vorgestellten Ergebnissen zu den Gewerbeanmeldungen in Beziehung setzt, dann legt das den Schluss nahe, dass zumindest in Teilen des „Nordens“ zwar alte Unternehmen den Markt verlassen, aber weniger neue Gewerbe hinzukommen als im „Süden“.

Zwei weitere Aspekte sind in diesem Zusammenhang noch beachtenswert: (i) Insolvenzen werden beim für den Unternehmenssitz zuständigen Gericht angemeldet. Da es wahrscheinlicher ist, dass Unternehmen ihren Hauptsitz im „Süden“ oder in den Metropolen haben statt in peripheren Flächenstaaten, ist anzunehmen, dass die Quoten für Schleswig-Holstein und für Mecklenburg-Vorpommern den Verlust an Arbeitsplätzen und Wertschöpfung noch unterzeichnen. (ii) In Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Vorpommern kann die höhere Insolvenzquote auch ein Reflex des Umstandes sein, dass hier die Dichte gewerblicher Arbeitsplätze für Arbeitnehmer geringer ist als in den Metropolen und im „Süden“ und sich mehr Menschen als Selbständige versucht haben, dann jedoch gescheitert sind. Beide Aspekte würden kein gutes Licht auf die Wirtschaftsstruktur der beiden Bundesländer werfen.

#### 4.2.2 Betriebsgrößenranking

Wenn man in diesem Zusammenhang die Betriebsgrößenstatistik des Unternehmensregister-Systems (URS) des Statistischen Bundesamtes heranzieht (Anhangtabelle A4), dann zeigt sich wiederum das schon bekannte Stadtstaat-Flächenstaats- und Süd-Nord-Gefälle. Bei den Betrieben mit mehr als 250 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – die größte Betriebsgröße, die Destatis (2019c) ausweist – liegt stets Bremen vor Hamburg, dann folgt Baden-Württemberg. Nach ihm liegen Bayern und

---

<sup>5</sup> Die absoluten Insolvenzzahlen für 2017 liegen in Destatis (2019b) zwar vor und sind in Tabelle E.5 auch dokumentiert, aber das Unternehmensregister-System URS (Destatis 2019d) liefert derzeit noch keine Daten für 2017 zur Relativierung an der Zahl bestehender Unternehmen.

Niedersachsen meist gleichauf. Schließlich folgen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit der geringsten Quote dieser Betriebsgrößenklasse.

Die Wirtschaft der norddeutschen Flächenländer gilt ohnehin als kleinteiliger organisiert. Dies zeigt sich auch in dieser Statistik, obwohl man bei einer Abschneidegrenze von 250 sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern noch nicht von Großunternehmen sprechen kann. Die Quote der betreffenden Unternehmen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern ist aber signifikant kleiner als in den anderen hier betrachteten Bundesländern, wenn sie auch in den letzten Jahren etwas angestiegen ist. Letzteres ist aber auch in den anderen Bundesländern zu beobachten, so dass das regionale Muster erhalten blieb. Es stellt sich die Frage, ob es in den kleinen norddeutschen Flächenländern an der „kritischen Masse“ fehlen könnte, um große Investitionen oder Entwicklungsprojekte anzuschieben.

### 4.3 Rankings im Bereich Innovationen und Zukunftsorientierung

Eine Reihe von Rankings beschäftigt sich mit der Ausrichtung der regionalen Wirtschaft auf die Herausforderungen der Zukunft. Sie setzen also im Grunde genommen einerseits wie der INSM-Bildungsmonitor bei den Voraussetzungen an, diesen Herausforderungen gerecht zu werden, und beurteilen andererseits die gegenwärtige Wirtschaftsstruktur, inwieweit diese wissensintensive und innovative Produkte hervorbringen kann, deren Herstellung das regionale Wachstum fördert.

#### 4.3.1 Angemeldete Digitalisierungspatente

Eine regionale Untergliederung der Patentanmeldungen kann aufzeigen, wo innovative Unternehmen angesiedelt sind, wo und in welchem Umfeld wissensintensive Produkte erarbeitet werden. Im Grunde genommen sind sie ein Maßstab für die Qualität und Leistungsfähigkeit der regionalen Wirtschaftsstruktur. Dabei geht es sowohl um die örtliche Infra- und Wirtschaftsstruktur selbst als auch deren Vernetzung, etwa in Agglomerationsräumen. Im Zusammenhang mit einer derzeit großen Herausforderung – der zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaftsbeziehungen – haben Berger et al. (2017) ein regionales Ranking zusammengestellt, das vom IW Köln veröffentlicht wurde. Bei diesem Ranking ging es um die Strukturmerkmale der Beschäftigung hochqualifizierter technisch-naturwissenschaftlicher Arbeitskräfte sowie die internen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen (FuE) der örtlichen Wirtschaft (ibid.: 1). Zwar sind die in der Studie abgebildeten Werte aus dem Jahre 2014. Es kann aber angenommen werden, dass sich an dem veröffentlichten Ranking seither wenig geändert hat – dafür sind die identifizierten Unterschiede zwischen den Bundesländern zu ausgeprägt.

Als zentrales Ergebnis der Studie von Berger et al. (2017) ist hervorzuheben, dass sich bei der Maßzahl der Digitalisierungspatente je 100.000 Beschäftigten ein besonders starkes Süd-Nord-Gefälle herausgebildet hat. Es wird in diesem Fall auch nicht von einem Stadtstaat-Flächenstaaten-Gefälle überlagert (Tabelle 5): Bayern dominiert die Statistik eindeutig mit deutlichem Abstand vor Baden-Württemberg. Beide Bundesländer sind auch die einzigen, die über dem Bundesdurchschnitt liegen, alle anderen folgen weit abgeschlagen – nicht nur gegenüber den beiden führenden, sondern auch gegenüber dem Bundesdurchschnitt. Niedersachsen kommt – an dritter Stelle des Rankings gelegen – immerhin auf einen Wert, der etwas über der Hälfte des Bundesdurchschnitts liegt.

Weiterhin halten Berger et al. (2017: 2–3) fest, dass sich die Digitalisierungspatentaktivität auf Großstädte bzw. Metropolen konzentriert. Von den TOP5 der Kreise mit den meisten Anmeldungen liegen 4 in Bayern; hinzu kommt Stuttgart in Baden-Württemberg. Damit einher geht die Beobach-

tung, dass Digitalisierungspatente im Allgemeinen von Großkonzernen angemeldet werden. Demgegenüber gibt es bei KMUs trotz zum Teil beachtlicher Leistungen offenbar noch Nachholbedarf, was die Autoren der Studie an finanziellen Restriktionen festmachen.

**Tabelle 5:**  
**Angemeldete Digitalisierungspatente nach Bundesländern 2014<sup>a,b</sup>**

Rang	Bundesland	Anzahl der angemeldeten Digitalisierungspatente <sup>a</sup>
1	Bayern	36,6
2	Baden-Württemberg	22,9
--	Deutschland im Durchschnitt	13,6
3	Niedersachsen	7,8
4	Thüringen	7,8
5	Berlin	7,8
6	Nordrhein-Westfalen	7,2
7	Hessen	7,0
8	Hamburg	6,6
9	Sachsen	5,2
10	Schleswig-Holstein	4,3
11	Rheinland-Pfalz	2,8
12	Brandenburg	2,7
13	Bremen	2,3
14	Sachsen-Anhalt	1,8
15	Saarland	1,6
16	Mecklenburg-Vorpommern	0,9

<sup>a</sup>Bezogen auf 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. — <sup>b</sup>Seitens der Autoren dem Sitz des Anmelders zugeordnet.

Quelle: Berger et al. (2017: 2); eigene Zusammenstellung.

### 4.3.2 Beschäftigte in ITK- Berufen

Rückschlüsse auf Innovationen und Zukunftsorientierung lässt auch das Bundesländerranking zum Anteil der Beschäftigten in ITK- Berufen<sup>6</sup> an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eines Bundeslandes zu, das vom Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (Bitkom.org 2016) herausgegeben wurde. Es beschäftigt sich weniger mit den Ergebnissen als vielmehr mit einer der vielen Voraussetzungen für Innovationen, Digitalisierung und Zukunftsorientierung. Sicher sind ITK-Tätigkeiten heute aus keinem Unternehmensbereich mehr wegzudenken, unabhängig davon, ob ein Unternehmen FuE betreibt und Produkt- bzw. Prozessinnovationen hervorbringt. Aber für derartige Aktivitäten sind solche Tätigkeiten unabdingbar.

Das entsprechende Ranking von Bitkom.org (2016) zeigt eine Überlagerung des Stadtstaat-Flächenländer-Gefälles mit demjenigen des Süd-Nord-Gefälles (Tabelle 6). Hamburg führt dieses Ranking mit deutlichem Vorsprung an, wobei zu berücksichtigen ist, dass in Metropolen häufig Unternehmenshauptquartiere angesiedelt sind, die ebenfalls einen hohen Bedarf an IT-Leistungen haben. Aber ein hoher Anteil an ITK-Tätigkeiten ist laut Bitkom.org (2016) ein Indikator dafür, dass in einer Region gute Voraussetzungen bestehen, den anstehenden digitalen Wandel erfolgreich zu bewältigen. Demzufolge sind Baden-Württemberg und Bayern auf den Rängen 3 und 5 besser für diesen Wandel gewappnet als die nachfolgenden Bundesländer des „Nordens“, wenn auch Bremen schon Rang 6 einnimmt.

<sup>6</sup> ITK steht für Berufe der Informations- und Kommunikationstechnologie.

**Tabelle 6:**

**Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in ITK-Berufen nach Bundesländern<sup>a</sup>**

Rang	Bundesland	Anteil der Beschäftigten in ITK-Berufen <sup>b</sup>
1	Hamburg	3,8
2	Hessen	2,9
3	Baden-Württemberg	2,8
4	Berlin	2,7
5	Bayern	2,7
6	Bremen	2,4
7	Nordrhein-Westfalen	2,2
--	Deutschland im Durchschnitt	2,2
8	Saarland	1,8
9	Niedersachsen	1,6
10	Rheinland-Pfalz	1,5
11	Sachsen	1,5
12	Schleswig-Holstein	1,4
13	Thüringen	1,1
14	Sachsen-Anhalt	0,9
15	Brandenburg	0,9
16	Mecklenburg-Vorpommern	0,8

<sup>a</sup>Berufe der Informations- und Kommunikationstechnologie. — <sup>b</sup>Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eines Bundeslandes in %.

Quelle: Bitkom.org (2016); eigene Zusammenstellung.

Dass es sich bei der Berufsgruppe der ITK-Spezialisten um einen globalen Erfolgsfaktor handelt, kommt auch darin zum Ausdruck, dass mehr als die Hälfte, nämlich rund 53 Prozent der bundesdeutschen ITK-Beschäftigten, in anderen als der unmittelbaren IT- und Telekommunikations-Branche arbeitet (Bitkom.org 2016). Insofern gibt das in Tabelle 6 gezeigte Bundesländerranking auch einen Hinweis auf die allgemeine Qualität der Wirtschaftsstruktur in den untersuchten Bundesländern.

### 4.3.3 Innovationskraft nach Expertenmeinungen

Näher an der Innovationsleistung ist ein weiteres Bundesländerranking angesiedelt, das auf Basis einer Expertenumfrage von brandeins.de (2018) veröffentlicht wurde.<sup>7</sup> Dabei wurden insgesamt rund 25.000 Experten nach der Innovationskraft von Unternehmen befragt. Die Experten haben in ihren Antworten dann knapp 500 Unternehmen bundesweit als die ihrer Meinung nach innovativsten Firmen nominiert und zugleich mit einem bis vier Sterne bewertet. Auf der Basis der Unternehmensstandorte wurde dann ein Bundesländerranking erstellt.<sup>8</sup>

Tabelle 7 zeigt die Ergebnisse der jüngsten Befragung. Zwar ist die Zahl der von den Experten ausgewählten Unternehmen nicht auf die Zahl der in den Bundesländern ansässigen Unternehmen bezogen. Zudem handelt es sich bei den Ergebnissen um die subjektiven Eindrücke der Experten, die anschließend aggregiert wurden. Aber angesichts der großen Unterschiede in den Länderergebnissen fallen beide Einwände nicht ins Gewicht.

<sup>7</sup> Die brand eins Medien AG ist eine in Hamburg ansässige Medienagentur, die das gleichnamige Printmedium herausgibt. Die 2018er Umfrage war die insgesamt dritte, die in diesem Magazin veröffentlicht wurde.

<sup>8</sup> Neben der regionalen ergibt die Umfrage auch eine sektorale Untergliederung. Bei der regionalen Untergliederung wird zudem ein Städteranking erstellt (brandeins.de 2018).

**Tabelle 7:**  
**Bundesländerranking der Innovationskraft 2018 auf der Basis der Expertenbefragung durch die brand eins Medien AG**

Rang	Bundesland	Nominierte innovationskräftige Unternehmen
1	Bayern	130
2	Nordrhein-Westfalen	84
3	Baden-Württemberg	74
4	Berlin	63
5	Hessen	54
6	Hamburg	36
7	Niedersachsen	15
8	Rheinland-Pfalz	13
9	Sachsen	9
10	Thüringen	7
11	Schleswig-Holstein	4
12	Brandenburg	4
13	Bremen	1
14	Mecklenburg-Vorpommern	1
15	Saarland	1
16	Sachsen-Anhalt	0

Quelle: brandeins.de (2018); eigene Zusammenstellung.

Das Ranking für 2018 zeigt ein sehr ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle: Bayern führt die Statistik der von den Experten als besonders innovativ eingestuften Unternehmen mit einem Wert von 130 mit weitem Abstand an, und das ist nicht nur der relativen Größe des Bundeslandes geschuldet. Baden-Württemberg kommt mit 74 Unternehmen auf den dritten Platz. Hamburg folgt zwar als bestes Land des „Nordens“ auf Platz 6, aber die Experten befanden hier nur 36 Unternehmen als innovativ. Bei Niedersachsen auf Platz 7 ist die Zahl der innovativen Unternehmen nochmals um die Hälfte geringer als in Hamburg. Schleswig-Holstein, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern landen mit kleinen einstelligen Werten auf den Plätzen.

Das Ranking ändert sich auch nicht wesentlich, wenn man nur die als besonders innovativ eingeschätzten Unternehmen betrachtet, die entweder 4 oder 3 Sterne als Bewertung erhalten haben (brandeins.de 2018). Damit schätzen die befragten Experten den „Süden“ ganz eindeutig als viel innovativer ein als den „Norden“, bei dem abermals nur Hamburg eine Ausnahmestellung einnimmt.

#### 4.3.4 Deutscher Startup Monitor 2018

Der „Deutsche Startup Monitor 2018“ enthält Informationen über die räumliche Verteilung der Startups von neuen Unternehmen mit innovativen Ideen auf die verschiedenen Bundesländer und schließt dabei auch eine Standortbetrachtung mit ein. Der Startup Monitor beruht auf einer Befragung junger Unternehmen und gibt daher für jedes betrachtete Jahr jeweils unterschiedliche Informationen wieder, je nachdem, wie viele der angeschriebenen Unternehmen auf die Befragung geantwortet haben. Die aktuelle Ausgabe enthält Angaben zu den Jahren 2017 und 2018. 2017 hatten 1.837 Unternehmen an der Befragung teilgenommen, 2018 dann 1.550 (Deutscher Startup Monitor 2018).

Das Bundesländer-Ranking für 2017 und 2018 ist in Tabelle 8 wiedergegeben. Dabei ist zu beachten, dass eine Veränderung des Prozentanteils von 2017 auf 2018 nicht notwendigerweise heißen muss, dass sich in dem betreffenden Bundesland die Zahl der Startups verändert hat, weil die Gesamtzahl antwortender Unternehmen nicht unerheblich variiert. Insofern erscheint eine synoptische Betrachtung beider Jahre angebracht.

**Tabelle 8:**  
**Verteilung der Startups auf die Bundesländer 2017 und 2018<sup>a,b,c</sup>**

Rang	Bundesland	Startups 2017	Startups 2018
1	Nordrhein-Westfalen	14,4	19,0
2	Berlin	16,8	15,8
3	Baden-Württemberg	12,4	12,6
4	Bayern	13,4	12,3
5	Niedersachsen	12,0	9,2
6	Hamburg	6,2	7,2
7	Sachsen	4,7	4,6
8	Bremen	1,1	4,4
9	Hessen	6,0	4,1
10	Schleswig-Holstein	1,9	2,4
11	Mecklenburg-Vorpommern	1,6	2,4
12	Rheinland-Pfalz	2,4	2,1
13	Sachsen-Anhalt	1,9	1,9
14	Thüringen	1,7	1,3
15	Brandenburg	1,0	1,0
16	Saarland	1,5	1,0
Gesamtzahl antwortender Unternehmen		1.837	1.550

<sup>a</sup>In Prozent der Gesamtzahl der auf die Befragung antwortenden Unternehmen. — <sup>b</sup>Nach Hauptsitz der Unternehmen. — <sup>c</sup>Sortiert nach Anteil 2018.

*Quelle:* Deutscher Startup Monitor (2018); eigene Zusammenstellung.

Wenn man beide Jahre zusammen betrachtet, zeigt sich erneut ein Süd-Nord-Gefälle. Baden-Württemberg und Bayern kommen recht dicht nach den Spitzenreitern Nordrhein-Westfalen und Berlin auf die Plätze 3 und 4 und tauschen diese zwischen 2017 und 2018. Beim Süd-Nord-Gefälle fällt auf, dass in diesem Fall Niedersachsen noch vor Hamburg liegt und den beiden südlichen Bundesländern recht nahe kommt, zumindest im Jahr 2017. Dagegen fallen Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern doch merklich gegenüber den anderen betrachteten Ländern ab.

Die Statistik der angesiedelten Startups nach Bundesländern unterscheidet sich allerdings deutlich von derjenigen der Noten, welche die befragten Unternehmen hinsichtlich der Förderung des Gründungsstandorts Deutschland der Bundes- und der jeweiligen Landespolitik geben.<sup>9</sup> Bei der Bundespolitik ist in Tabelle 9 nur die neueste Notenvergabe im Deutscher Startup Monitor (2018: 77–78) dokumentiert, aber es wird in der Quelle betont, dass die 2018er Note für die Bundespolitik mit 4,0 die schlechteste seit 2014 sei.

Generell fällt an der Notenstatistik auf, dass

- die Noten für die Landespolitik durchweg etwas besser ausfallen als für die Bundespolitik,
- die Noten insgesamt nur mäßig ausfallen mit „Bestnoten“ von 3,6 für die Bundespolitik (seitens der schleswig-holsteinische Gründer) und von 2,9 für die Landespolitik (seitens der thüringischen Gründer),
- beide Notenskalen nur eine geringe Spreizung aufweisen.

Dass die Landespolitik etwas besser benotet wird als die Bundespolitik, lässt sich mit dem Standortwettbewerb um Ansiedlungen erklären, bei dem man den Ländern ein etwas höheres Interesse unterstellen kann, die entsprechenden Unternehmen zu attrahieren. Jedoch signalisieren auch die vergebenen Landespolitiknoten, die sich im Intervall von 3+ bis 4 bewegen, einen nicht unerheblichen

<sup>9</sup> Dabei handelt es sich um die üblichen Schulnoten von „1“ bis „6“.

Optimierungsbedarf in allen Bundesländern. Ein ausdrückliches Süd-Nord-Gefälle wie bei vielen anderen hier vorgestellten Rankings lässt sich bei der Landepolitik-Bewertung aus Tabelle 9 nicht ablesen. Dazu liegen die Noten zu dicht beieinander und sind letztlich überall zu schlecht. Verbesserte Standortbedingungen sollten allerdings nicht als „Förderung“ im Sinne von Subventionen, also Finanzhilfen oder Steuervergünstigungen, verstanden werden, sondern eher verlässliche, einfach zu handhabende und wettbewerbspolitisch nicht-diskriminatorische Rahmenbedingungen umfassen.<sup>10</sup>

**Tabelle 9:**  
**Bewertung der Bundes- und jeweiligen Landespolitik durch die Startups im Jahr 2018<sup>a,b,c</sup>**

Rang	Bundesland	Note für die Bundespolitik	Note für die jeweilige Landespolitik
1	Thüringen	3,7	2,9
2	Sachsen	3,7	3,1
3	Baden-Württemberg	3,9	3,4
4	Rheinland-Pfalz	3,7	3,4
5	Sachsen-Anhalt	4,0	3,4
6	Schleswig-Holstein	3,6	3,4
7	Bayern	4,0	3,5
8	Mecklenburg-Vorpommern	3,7	3,5
9	Hamburg	4,0	3,6
10	Saarland	3,8	3,6
11	Berlin	4,0	3,7
12	Brandenburg	4,7	3,8
13	Bremen	4,1	3,8
14	Nordrhein-Westfalen	4,1	3,8
15	Hessen	4,2	4,0
16	Niedersachsen	4,2	4,1

<sup>a</sup>Bewertung hinsichtlich der Förderung des Gründungsstandorts Deutschland. — <sup>b</sup>Benotung nach dem Schulnotensystem. — <sup>c</sup>Sortiert nach Note für die Landespolitik.

Quelle: Deutscher Startup Monitor (2018); eigene Zusammenstellung.

Insgesamt lässt der „Deutschen Startup-Monitor“ den Schluss zu, dass die Rahmenbedingungen für Startups zumindest in den beiden südlichen Bundesländern sowie mit Einschränkungen in Niedersachsen und Hamburg insgesamt möglicherweise eher förderlich sind, wobei dies allerdings kaum darauf zurückzuführen ist, dass die Ansiedlungspolitik in den betreffenden Ländern deutlich besser wäre. Auch die Autoren des „Deutschen Startup Monitors“ (2018: 77) betonen, dass das räumliche Bild der Ansiedlungen sich nicht direkt mit dem entsprechenden Engagement der jeweiligen Landesregierungen in Einklang bringen lasse.

#### 4.3.5 Scoreboard of Indicators der EU-Kommission

Während die bisher vorgestellten Länderrankings zur Innovationskraft und Zukunftsorientierung sich meist auf ausgewählte Aspekte konzentrieren, ist die umfassendste und auf eine Vielzahl von Kriterien abstellende Untersuchung das sogenannte „Scoreboard of Indicators“ der EU-Kommission. Dieses wird

<sup>10</sup> Im letzten Kieler Subventionsbericht (Laaser und Rosenschon 2018) wurde zur Technologieförderung durch finanzielle Hilfen des Staates betont, dass diese überzeugender wäre, wenn sie allgemein „technologie-neutral“ konzipiert wäre und sich nicht vorwiegend auf staatlicherseits (durch Politik und Verwaltung) ausgewählte Technologien konzentrieren würde. Denn dass eine staatliche Vorauswahl zukunftsreicher Technologien treffsicherer sei als eine sich im Wettbewerb der Ideen und Unternehmen herausbildende Überlegenheit bestimmter Technologien, kann vor dem Hintergrund von Hayeks „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ (Hayek 1968) bezweifelt werden.



zum einen für alle EU-Mitgliedstaaten als Ganzes für 10 Ober- und insgesamt 27 Unterkategorien von Kriterien für die Beurteilung der jeweiligen Innovationsfähigkeit erstellt (EU Commission 2017a). Zum anderen gibt es zusätzlich eine regionale Auswertung „Regional Innovation Scoreboard“ für die NUTS-2 Regionen der Mitgliedstaaten,<sup>11</sup> die auf einer Auswahl von 18 Kriterien aufbaut (EU Commission 2017b).<sup>12</sup>

Dieses Scoreboard umfasst Indikatoren, mit denen die innovative Leistungsfähigkeit einer Region ermittelt und durch eine standardisierte Punktzahl („Innovation-Score“) ausgewiesen wird. Für alle ausgewählten Innovationsfähigkeitskriterien – dabei handelt es sich sowohl um Struktur- als auch um Leistungsindikatoren – wird dabei die jeweilige standardisierte Punktezahl ermittelt. Diese werden anschließend aggregiert und es wird für jede Region ein Indikatorwert („Score“) ausgewiesen, der die relative Innovationskraft im Vergleich aller EU-NUTS 2-Regionen anzeigt.

Tabelle 10 zeigt die Ergebnisse für die deutschen NUTS 2-Regionen an, wobei der EU-Durchschnitt 2017 auf 100 gesetzt wird. Zunächst ist erkennbar, dass alle deutschen Regionen zumindest als „strong minus“ eingestuft werden, was im Schulnotensystem einer 2– entspricht. Dies ist insofern nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, dass der EU-Durchschnitt viele forschungs- und innovationsarme Regionen enthält, wie etwa in Griechenland und in den Beitrittsländern seit 2004.

Innerhalb der 38 deutschen NUTS 2-Regionen zeigt sich auch hier ein deutliches Süd-Nord-Gefälle, bei dem die Bezirke der südlichen Bundesländer die ersten drei Plätze und weitere 3 Plätze unter den TOP10 belegen, und das mit Indikatorwerten, die zwischen 143,2 und 129,1 Prozent des EU-Durchschnitts betragen. Nur der niedersächsische Ex-Regierungsbezirk Braunschweig kommt mit 129,4 Prozent auf den siebten Platz. Hier macht sich bemerkbar, dass in dieser Region Wolfsburg liegt. Hamburg liegt mit 123,7 Prozent auf Rang 11 zwischen den bayrischen Regionen Mittelfranken (Nürnberg/Erlangen) und Unterfranken (Würzburg), Bremen ist auf Rang 14 noch hinter Unterfranken.

Doch sollte auch nicht übersehen werden, dass bayerische Regionen zwar Spitzenpositionen einnehmen, aber dass eine bayerische Region – nämlich das agrarisch geprägte Niederbayern – auch das Schlusslicht in diesem Ranking bildet.

Ähnlich sieht es in Niedersachsen aus, wo Braunschweig herausragt, Hannover aber schon eher zum Mittelmaß gehört und Lüneburg sowie Weser-Ems (Oldenburg i.O. mit Ostfriesland) zusammen mit Sachsen-Anhalt und Niederbayern zu den Letztplatzierten gehören. Deren Indikatorwerte liegen zudem unter dem EU-Durchschnitt. Niedersachsen und Bayern weisen damit hinsichtlich der Innova-

---

<sup>11</sup> Das sind in Deutschland die existierenden und ehemaligen Regierungsbezirke der tiefer untergliederten Bundesländer bzw. die Bundesländer, in denen eine solche Untergliederung nie existierte, selbst, wie etwa im Falle der Stadtstaaten oder Schleswig-Holsteins. Insgesamt hat Deutschland auf diese Weise 38 NUTS 2-Regionen.

<sup>12</sup> Die für die regionale Analyse (EU Commission 2017b) ausgewählten Kriterien (wobei hier und im Folgenden die englischsprachige Nomenklatur beibehalten wurde) sind: 1.1.2 Population with tertiary education, 1.1.3 Lifelong learning, 1.2.1 Scientific co-publications, 1.2.2 Most-cited publications, 2.1.1 R&D expenditure public sector, 2.2.1 R&D expenditure business sector, 2.2.2 Non-R&D innovation expenditures, 3.1.1 Product or process innovators, 3.1.2 Marketing or organisational innovators, 3.1.3 SMEs innovating in-house, 3.2.1 Innovative SMEs collaborating with others, 3.2.2 Public-private co-publications, 3.3.1 EPO patent applications, 3.3.2 Trademark applications, 3.3.3 Design applications, 4.1.1 Employment medium and high tech manufacturing & knowledge-intensive services, 4.2.1 Exports medium and high tech manufacturing, 4.2.3 Sales of new-to-market and new-to-firm innovations. Die Ziffern beziehen sich auf die Nummerierung der Unterkriterien in der ausführlicheren Mitgliedstaatenanalyse (EU Commission 2017a).



tionsfähigkeit disparate Binnenstrukturen auf. Das heißt: Ein Blick auf München, Nürnberg/Erlangen oder Wolfsburg verstellt etwas das Gesamtbild. Baden-Württemberg ist hier von der Struktur her homogener als Bayern.

**Tabelle 10:**  
Regionale Innovationsfähigkeit nach dem „Regional Innovation Scoreboard 2017“ der EU-Kommission

Rang	Regionscode <sup>a</sup>	Region, Bundesland	Indikatorwert 2017 – relativ zur EU	Leistungsgruppe
	EU28	EU28	100,0	--
	DE	Germany	b	--
1	DE21	Oberbayern, BY	143,2	Leader +
2	DE14	Tübingen, BW	141,9	Leader +
3	DE11	Stuttgart, BW	139,6	Leader +
4	DE30	Berlin	139,1	Leader
5	DE12	Karlsruhe, BW	138,8	Leader
6	DE13	Freiburg, BW	130,1	Leader
7	DE91	Braunschweig, NI	129,4	Leader
8	DE25	Mittelfranken, BY	129,1	Leader
9	DEA2	Köln	128,8	Leader
10	DE71	Darmstadt	123,9	Leader -
11	DE60	Hamburg, HH	123,7	Leader -
12	DEB3	Rheinhessen-Pfalz	122,8	Leader -
13	DE26	Unterfranken, BY	121,2	Leader -
14	DE50	Bremen, HB	120,2	Leader -
15	DED2	Dresden	118,7	Strong +
16	DED5	Leipzig	117,0	Strong +
17	DE72	Gießen	116,0	Strong +
18	DE92	Hannover, NI	114,3	Strong +
19	DE27	Schwaben, BY	111,7	Strong +
20	DEA5	Arnsberg	111,7	Strong +
21	DE24	Oberfranken, BY	111,2	Strong +
22	DEA4	Detmold	109,7	Strong
23	DEF0	Schleswig-Holstein, SH	109,5	Strong
24	DEA3	Münster	108,2	Strong
25	DEA1	Düsseldorf	107,6	Strong
26	DEG0	Thüringen	107,4	Strong
27	DE23	Oberpfalz, BY	106,8	Strong
28	DE73	Kassel	103,0	Strong
29	DEC0	Saarland	102,5	Strong
30	DEB1	Koblenz	102,2	Strong -
31	DED4	Chemnitz	100,4	Strong -
32	DE40	Brandenburg	99,8	Strong -
33	DE80	Mecklenburg-Vorpommern, MV	99,5	Strong -
34	DE93	Lüneburg, NI	99,3	Strong -
35	DEB2	Trier	99,1	Strong -
36	DE94	Weser-Ems, NI	93,2	Strong -
37	DEE0	Sachsen-Anhalt	91,2	Strong -
38	DE22	Niederbayern, BY	91,0	Strong -

<sup>a</sup>NUTS 2-Regionen. — <sup>b</sup>Der bundesdeutsche Durchschnitt wird in der Quelle nicht ausgewiesen. Laut dem Mitgliedsländer-Ranking in EU Commission (2017b) beträgt er 119,6, wird dort jedoch auf der Basis von noch mehr Kriterien berechnet als die Regionswerte.

Quelle: EU Commission (2017a); eigene Zusammenstellung.

Schleswig-Holstein liegt von der Innovationsfähigkeit her knapp hinter Oberfranken auf Rang 23 und erreicht wenigstens einen noch deutlich über dem EU-Durchschnitt liegenden Indikatorwert. Mecklenburg-Vorpommern wird dagegen in diesem Ranking auf Platz 33, also knapp unter dem EU-Durchschnitt liegend eingestuft.

Bei den im Rahmen des Scoreboards untersuchten Einzelindikatoren (EU Commission 2017b: Blatt „Indicators“) zeigen sich ähnliche Unterschiede, wenn auch mit deutlich unterschiedlichen Akzenten. Im Folgenden wird nur eine Auswahl dieser Kriterien, die auf Indikatorwerte zwischen 0 und 1 normiert werden, näher diskutiert.

(1) Der Bildungsstand der ansässigen Bevölkerung wird durch den Indikator „Population with tertiary education“ repräsentiert. Hier zeigt sich ein Bild, das wohl eher vom Stadt-Land-Gefälle geprägt ist, weil Arbeitsplätze für höherqualifizierte Erwerbstätige tendenziell in Metropolen angesiedelt sind. Hier kommen im „Norden“ nur Hamburg und Bremen auf Werte über einem mittleren Indikatorwert von 0,5, im „Süden“ dagegen fast ganz Baden-Württemberg und Oberbayern. Diese Regionen beheimaten ohnehin Metropolregionen.<sup>13</sup> Auffällig ist indes, dass die Werte für Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit 0,29 und 0,25 weit hinter denen der Südregionen und auch der anderen Nordregionen liegen. Das hat einerseits vermutlich etwas mit dem Fehlen eigener Metropolen zu tun. Andererseits kann dieses Ergebnis vom Bildungssystem der nördlichen Flächenländer beeinflusst sein: Nach dem INSM-Bildungsmonitor war gerade bei den Flächenländern im „Norden“ im Bildungssystem noch Potential für Verbesserungen (siehe Abschnitt 4.1.2). Schließlich kann als weitere Erklärung für das beobachtete Phänomen in beiden Ländern der Mangel an Arbeitsplätzen für hochqualifizierte Arbeitnehmer angeführt werden, was eine Abwanderung in den „Süden“ zur Folge hat.<sup>14</sup>

(2) Beim Indikator „Lifelong learning“ zeigt die EU-Auswertung, dass alle untersuchten Regionen noch Nachholbedarf bei den entsprechenden Infrastrukturen und Bildungsangeboten haben. Denn keine schafft es über einen Schwellenwert von 0,5.<sup>15</sup> Die ermittelten Werte vermitteln aber den Eindruck, dass abermals der „Süden“ und Hamburg hier leichte Vorteile haben.

(3) Bei den „R&D expenditure public sector“ kommen im „Norden“ neben Hamburg und Bremen auch Mecklenburg-Vorpommern sowie die niedersächsischen Ex-Regierungsbezirke Braunschweig und Hannover auf Schwellenwerte über 0,6. Damit liegen im Norden genauso viele NUTS 2-Regionen über diesem Wert wie im Süden.

(4) Demgegenüber zeigt sich wieder ein sehr starkes Süd-Nord-Gefälle beim Indikator „R&D expenditure business sector“. Im „Norden“ weicht nur der Ex-Regierungsbezirk Braunschweig ab, dessen Indikatorwert nicht weit vom Stuttgarter Spitzenwert entfernt ist. Einen mittleren Indikatorwert von 0,5 überspringen im „Süden“ insgesamt 7 von 11 NUTS 2-Regionen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass der Fahrzeugbau nach wie vor eine tragende Rolle bei den privaten Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen spielt.

(5) Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen im Norden eine wichtige Rolle. Daher ist ihre Innovationsleistung von besonderem Interesse. Zwei Indikatoren des Scoreboards beschäftigen sich speziell mit ihren Aktivitäten, „SMEs innovating in-house“ und „Innovative SMEs collaborating with others“. Bei den unternehmenseigenen Aktivitäten kommen alle betrachteten Regionen auf Werte

---

<sup>13</sup> Bei manchen Kriterien werden bei dieser Analyse andere als der mittlere Wert 0,5 herangezogen, um Unterschiede besser deutlich zu machen.

<sup>14</sup> Diese Einschätzung deckt sich mit den Ergebnissen einer jüngst veröffentlichten Studie von Studitemps et al. (2019: 4–7), wonach beide Bundesländer sowohl beim Übergang Lernender von der Schule zur Universität als auch von dieser in die Erwerbstätigkeit negative Wanderungssalden aufweisen, bei Schülern vornehmlich Richtung Hamburg, bei Graduierten Richtung Metropolen, Bayern und Baden-Württemberg.

<sup>15</sup> Zum Vergleich: Die dänischen NUTS 2-Regionen weisen bei diesem Indikator alle Werte zwischen 0,86 und 0,99 auf. Ähnlich ist es in Schweden und Finnland (EU Commission 2017b: Blatt „Performance group“).

über 0,5. Bei einem etwas höher angesetzten Schwellenwert von 0,6 können die KMUs aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen mit denen in den insgesamt 8 Südregionen noch mithalten, auch wenn letztere höhere Werte erzielen. Insofern entfalten die norddeutschen KMUs im Urteil der EU-Kommission durchaus innovative Anstrengungen.<sup>16</sup>

(6) Der „Süden“ schneidet wiederum deutlich besser ab als der „Norden“, wenn es nicht um Bemühungen sondern um Ergebnisse der Innovationstätigkeit geht, und zwar beim Indikator „EPO patent applications“, also den Patentanmeldungen beim Europäische Patentamt. Aus dem „Norden“ überwinden nur die ehemaligen Regierungsbezirke Hannover und Lüneburg die Schwelle von 0,5, im „Süden“ sind es bis auf Niederbayern alle Regionen, wobei die Abstände zum Norden ausgeprägt sind.

(7) Ein ähnliches Bild gibt es bei einer Strukturvariablen, nämlich der Beurteilung der Beschäftigung hochqualifizierter Arbeitnehmer beim Indikator „Employment medium and high tech manufacturing & knowledge-intensive services“. Bis auf Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und die Weser-Ems-Region erreichen alle beobachteten Regionen im „Norden“ und im „Süden“ einen Indikatorwert über 0,5. Wenn man höhere Ansprüche stellt und einen Wert von 0,7 zugrunde legt, überspringen diesen Schwellenwert nur noch die norddeutschen Metropolen Bremen und Hamburg. Im „Süden“ scheitern lediglich die in weiten Teilen ländlich geprägten Regierungsbezirke Oberfranken und Niederbayern an dieser Schwelle.

Auch die Einzelbetrachtung der ausgewählten Indikatoren macht deutlich, dass die Innovationsfähigkeit, wie sie das „Regional Innovation Scoreboard“ einschätzt, im „Süden“ meist deutlich besser ist als im „Norden“. Allenfalls die norddeutschen Stadtstaaten und die östlichen Teile von Niedersachsen weisen bei manchen Indikatoren recht gute Werte auf. Da Innovationen für ein hochentwickeltes Land wie Deutschland essentiell für die Bewahrung des erreichten Einkommensniveaus und für weiteres Wachstum sind, geben die Ergebnisse des Scoreboards Hinweise darauf, dass der „Süden“ die wachstumssträchtigeren Wertschöpfungs- und Beschäftigungsstrukturen aufweist.

## 5 Schlussfolgerungen

Vor dem Hintergrund der hier durchgeführten statistische Analyse und der Auswertung von Bundesländer-Rankings lassen sich Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung nicht pauschal als ein Süd-Nord-Gefälle darstellen. Der „Norden“ erscheint keinesfalls als eine homogene Region, die Unterschiede zwischen den norddeutschen Bundesländern sind bei manchen Indikatoren nicht weniger stark ausgeprägt wie es im Vergleich mit den süddeutschen Bundesländern der Fall ist. Zwar ist der „Süden“ im Durchschnitt der 2000er Jahre stärker gewachsen als der „Norden“, jedoch schnitten im „Norden“ das Flächenland Niedersachsen und die beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg am besten ab, während vor allem die beiden kleineren Flächenländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zurückblieben.

Dabei hätte man durchaus einen (stärkeren) Aufholprozess der kleineren norddeutschen Flächenländer erwarten können, da diese im Pro-Kopf-Einkommen weiter deutlich unter dem

---

<sup>16</sup> Dies deckt sich mit den Ergebnissen einer IfW-Studie zum Wirtschaftsraum Schleswig-Holstein-Hamburg (Schrader, Laaser, Soltwedel et al. 2008). Diese zeigt unter anderem, dass es gibt in Schleswig-Holstein eine Reihe hoch leistungsfähiger Industrieunternehmen gibt, die teilweise sogar Weltmarktführer sind, doch dass ihre Zahl zu gering ist.

Bundesdurchschnitt liegen: Mecklenburg-Vorpommern hat zweifellos seit den 1990er Jahren stark aufgeholt, was sich in der letzten Aufschwung jedoch nicht fortgesetzt hat; Schleswig-Holstein verliert nicht weiter an Boden, es stagniert aber seit geraumer Zeit relativ zum Bundesdurchschnitt. Dagegen sind die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen unverändert deutlich an der Spitze beim Ranking der relativen Pro-Kopf-Einkommen, die Pro-Kopf-Einkommen im „Süden“ sind ebenfalls überdurchschnittlich. So gibt es kein reines „Süd-Nord-Gefälle“, sondern ein Gefälle von den Stadtstaaten zu den Flächenländern, ein Gefälle innerhalb der Gruppe der Flächenländer mit Vorteilen für den „Süden“ sowie ein deutliches Nord-Nord-Gefälle.

Diese Entwicklung kann damit erklärt werden, dass im Verlauf der 2000er Jahre der „Süden“ gegenüber dem Norden von seiner sektoralen Spezialisierung mit einem starken Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes profitieren konnte. Denn das Verarbeitende Gewerbe wies insbesondere während der letzten Aufschwungphase die mit Abstand höchsten durchschnittlichen Wachstumsraten auf. Das heißt auch, dass der Aufschwung weniger stark im „Norden“ angekommen ist, wobei die vergleichsweise industriestarken Bundesländer Niedersachsen und Bremen noch zu den Gewinnern zählten. Die Industrie wuchs zwar auch in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern stärker als andere Sektoren, aber hier machte sich gleichzeitig das relativ geringe Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes bemerkbar. Ein Stadtstaat wie Hamburg profitierte wiederum von den Standortvorteilen einer Metropole, die hochwertige Dienstleistungen anzieht und weniger stark auf industrielle Strukturen angewiesen ist.

Mit der unterschiedlichen sektoralen Spezialisierung lassen sich zudem die Einkommensunterschiede zwischen den Bundesländern erklären: Generell werden Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe und in Bereichen, die hochwertige, häufig unternehmensbezogene Dienstleistungen erstellen, relativ hoch entlohnt. Eine Expansion in Bereichen, die eher einfache Arbeit nachfragen, verfestigt daher schon bestehende Einkommensunterschiede.

Doch wie kann es zu einem Abbau der Einkommensunterschiede aufgrund der unterschiedlichen Spezialisierung der Bundesländer kommen? In vielen Fällen sind es Pfadabhängigkeiten, die zu traditionell besseren oder schlechteren Wirtschaftsstrukturen geführt haben. Gerade bei Strukturunterschieden zwischen Regionen muss man berücksichtigen, dass sich Wertschöpfungs- und Beschäftigungsstrukturen nur langsam verändern, so dass ein „besser machen“ höchstens in der langen Frist zu Aufholprozessen führen kann. Dennoch sollte die Politik bemüht sein, Weichenstellungen vorzunehmen, die Stagnations- oder Schrumpfungsprozesse beenden können.

Ein Allheilmittel sind sicherlich nicht höhere öffentliche (Bau-)Investitionen, auch wenn die eigene Analyse ebenso wie ein Infrastrukturranking Dritter nahelegen, dass im „Norden“ ein Nachholbedarf bei den öffentlichen Investitionen vorzuliegen scheint. Der „Süden“ wendet einen höheren Anteil seiner Staatsausgaben für Investitionen in Bauten auf, was noch keine Garantie für ein kräftigeres Wachstum gibt. Doch die Beseitigung unübersehbarer Infrastrukturmängel und -defizite kann zur Lösung von Strukturproblemen beitragen. Auch sollte sich Infrastrukturpolitik nicht auf eine „Ziegel- und Mörtelphilosophie“ beschränken — wie das ausgewertete Bildungsranking zeigt, ist beim „Norden“ auch im Bildungssystem Optimierungsbedarf.

Die Standortpolitik insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein steht zudem vor der Herausforderung, dass zwar alte Unternehmen den Markt infolge von Insolvenzen verlassen, aber per saldo weniger neue Gewerbe hinzukommen als im „Süden“. So begrüßenswert Erneuerungsprozesse in der Unternehmensstruktur sein mögen, sollten sie doch nicht zu einer Schrumpfung führen. Der Verlust größerer Unternehmen würde zudem bei der eher kleinteiligen

organisierten Wirtschaft in den norddeutschen Flächenländern die Zahl der Unternehmen verringern, die ein größeres Innovations- und Entwicklungspotential aufweisen.

Die Rankings, die sich mit Innovationen und Zukunftsorientierung befassen, machen deutlich, dass die Wirtschaft im „Norden“ in vielen Bereichen schwächer aufgestellt ist als die im „Süden“: Bei Digitalisierungspatenten hat sich ein besonders starkes „Süd-Nord-Gefälle“ herausgebildet; bei der Beschäftigung von ITK-Kräften nehmen im „Norden“ nur die Stadtstaaten vordere Plätze ein; bei Expertenbefragungen zur Innovationskraft liegen die Unternehmen aus dem „Süden“ eindeutig in Führung; bei der regionalen Verteilung von Startups zeigen insbesondere Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern Schwächen, was auf bessere Rahmenbedingungen im „Süden“ sowie in Hamburg und Niedersachsen hindeutet. Auch ein weit gefasstes Innovationsranking der EU Kommission macht deutlich, dass die Innovationsfähigkeit im „Süden“ meist deutlich besser ist als im „Norden“. Allenfalls die norddeutschen Stadtstaaten und die östlichen Teile von Niedersachsen können hier mithalten.

Es spricht also vieles dafür, dass die Politik im „Norden“ sich verstärkt um die Pflege und Weiterentwicklung industrieller Kerne bemühen sollte. Daran hängt nicht nur die eigentliche industrielle Produktion, sondern gleichzeitig auch die an Bedeutung gewinnenden unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Die Politik kann keine gewachsenen Strukturen ändern — ein solcher Versuch zu Lasten des Steuerzahlers wäre zum Scheitern verurteilt —, aber sie kann eine attraktive Infrastruktur sowie schnelle und unbürokratische administrative Entscheidungsprozesse bereitstellen. Dies sind nur einige Instrumente zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit im nationalen und internationalen Standortwettbewerb — dabei sollten auch Lerneffekte aus dem „Süden“ durchaus genutzt werden.

## Anhang

**Tabelle A1**  
Die Entwicklung der relativen Pro-Kopfeinkommen der norddeutschen und süddeutschen Bundesländer 1991–2018

**a. Auf Basis der Einwohner<sup>a</sup>**

	Nord					Süd	
	HB	HH	MV	NI	SH	BW	BY
1991	139	187	37	98	97	124	115
1992	134	180	44	96	96	120	115
1993	131	181	52	95	95	116	113
1994	130	178	58	94	94	114	112
1995	129	177	62	91	93	114	111
1996	128	179	64	90	93	114	111
1997	130	182	64	90	93	114	111
1998	129	183	63	90	91	114	112
1999	128	181	64	90	90	115	113
2000	131	180	63	90	89	115	114
2001	132	184	63	89	89	116	114
2002	134	184	64	87	87	115	115
2003	137	184	64	87	87	115	113
2004	135	184	64	87	87	114	114
2005	135	185	64	88	86	113	114
2006	136	179	64	88	85	115	113
2007	134	176	65	88	83	116	113
2008	133	176	66	88	84	114	111
2009	126	177	68	88	84	111	113
2010	127	173	67	89	82	114	113
2011	126	166	67	90	81	115	115
2012	129	166	67	91	83	114	115
2013	127	168	68	90	83	114	116
2014	126	165	68	90	82	114	116
2015	125	167	68	88	81	115	116
2016	123	162	67	92	81	114	117
2017	123	161	68	91	82	114	118
2018	123	161	68	91	82	113	117
<i>Durchschnitte</i>							
2000-2018	130	173	66	89	84	114	115
1991-1999	131	181	56	93	94	116	112
2000-2008	134	181	64	88	86	115	113
2010-2018	125	165	68	90	82	114	116

Tabelle A1 Fortsetzung

b. Auf Basis der Erwerbstätigen<sup>b</sup>

	Nord					Süd	
	HB	HH	MV	NI	SH	BW	BY
1991	116	147	41	107	102	115	106
1992	109	138	52	103	99	110	104
1993	105	138	61	101	98	107	102
1994	105	136	65	101	96	107	102
1995	106	137	67	98	96	107	101
1996	107	139	70	97	96	106	102
1997	107	142	70	97	96	106	102
1998	107	142	70	98	96	106	103
1999	106	141	71	97	95	107	103
2000	107	140	72	97	94	106	105
2001	107	143	72	96	94	107	105
2002	108	144	72	94	92	105	106
2003	110	144	73	93	93	106	105
2004	109	144	73	93	93	105	106
2005	109	143	73	94	93	104	106
2006	109	139	72	95	92	106	106
2007	108	137	72	94	90	107	105
2008	108	137	73	95	91	106	104
2009	103	136	75	94	92	103	105
2010	105	133	74	95	90	107	106
2011	104	128	75	95	89	108	107
2012	106	128	76	95	92	107	107
2013	105	130	78	95	92	107	107
2014	104	128	78	95	91	106	107
2015	105	129	77	93	90	108	107
2016	103	126	77	96	90	107	108
2017	104	126	78	96	90	107	109
2018	104	126	78	95	91	107	108
<i>Durchschnitte</i>							
2000-2018	106	135	75	95	92	106	106
1991-1999	108	140	63	100	97	108	103
2000-2008	109	141	73	94	93	106	105
2010-2018	105	128	77	95	90	107	107

Zu den Länderabkürzungen vgl. Abbildung 1. — <sup>a</sup>Relatives Pro-Kopf-Einkommen = Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Einwohner pro Bundesland in Prozent des entsprechenden Bundesdurchschnitts. — <sup>b</sup>Relatives Pro-Kopf-Einkommen = Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen pro Bundesland in Prozent des entsprechenden Bundesdurchschnitts.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2019b); eigene Darstellung und Berechnungen.

**Tabelle A2:**  
**Gewerbeanzeigen und Zahl der Betriebe nach Bundesländern 2010–2017**

Bundesländer	Gewerbeanmeldungen	Gewerbeabmeldungen	Saldo	Betriebe	Quote
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
<b>2010</b>					
Baden-Württemberg	109.833	93.731	16.102	517.746	3,1
Bayern	150.264	117.107	33.157	682.725	4,9
Bremen	6.424	5.149	1.275	28.557	4,5
Hamburg	24.632	16.460	8.172	105.645	7,7
Mecklenburg-Vorpommern	13.373	12.867	506	73.043	0,7
Niedersachsen	74.805	59.540	15.265	325.440	4,7
Schleswig-Holstein	32.718	25.984	6.734	133.797	5,0
<b>2011</b>					
Baden-Württemberg	103.630	91.855	11.775	523.786	2,2
Bayern	143.823	116.208	27.615	689.326	4,0
Bremen	6.296	4.761	1.535	28.769	5,3
Hamburg	24.495	17.629	6.866	108.020	6,4
Mecklenburg-Vorpommern	13.081	12.622	459	73.666	0,6
Niedersachsen	69.670	59.273	10.397	329.329	3,2
Schleswig-Holstein	29.971	25.729	4.242	135.341	3,1
<b>2012</b>					
Baden-Württemberg	96.089	92.131	3.958	524.129	0,8
Bayern	131.857	115.593	16.264	702.014	2,3
Bremen	6.101	5.419	682	28.549	2,4
Hamburg	22.618	18.032	4.586	108.539	4,2
Mecklenburg-Vorpommern	11.330	11.610	-280	74.145	-0,4
Niedersachsen	63.021	58.031	4.990	329.246	1,5
Schleswig-Holstein	27.728	25.194	2.534	136.095	1,9
<b>2013</b>					
Baden-Württemberg	96.905	90.941	5.964	520.926	1,1
Bayern	129.998	111.336	18.662	687.363	2,7
Bremen	6.208	4.768	1.440	28.807	5,0
Hamburg	22.743	17.968	4.775	108.673	4,4
Mecklenburg-Vorpommern	11.570	12.530	-960	71.474	-1,3
Niedersachsen	63.526	58.331	5.195	323.711	1,6
Schleswig-Holstein	27.739	25.071	2.668	134.929	2,0
<b>2014</b>					
Baden-Württemberg	92.014	88.815	3.199	533.612	0,6
Bayern	125.730	112.958	12.772	698.060	1,8
Bremen	5.740	5.111	629	29.333	2,1
Hamburg	20.264	18.219	2.045	109.802	1,9
Mecklenburg-Vorpommern	10.833	11.240	-407	72.274	-0,6
Niedersachsen	61.661	57.544	4.117	329.382	1,2
Schleswig-Holstein	27.426	27.402	24	138.115	0,0
<b>2015</b>					
Baden-Württemberg	90.907	88.417	2.490	502.666	0,5
Bayern	122.119	110.904	11.215	667.938	1,7
Bremen	5.311	4.706	605	28.411	2,1
Hamburg	20.162	17.058	3.104	106.469	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	10.483	10.998	-515	69.996	-0,7
Niedersachsen	59.793	56.139	3.654	313.217	1,2
Schleswig-Holstein	26.383	25.601	782	132.554	0,6
<b>2016</b>					
Baden-Württemberg	88.461	84.054	4.407	500.928	0,9
Bayern	115.825	103.481	12.344	667.461	1,8
Bremen	4.194	3.935	259	28.520	0,9
Hamburg	19.798	16.329	3.469	107.396	3,2
Mecklenburg-Vorpommern	10.152	11.448	-1.296	68.411	-1,9
Niedersachsen	57.247	50.624	6.623	315.985	2,1
Schleswig-Holstein	25.683	25.189	494	133.269	0,4



**Tabelle A2 Fortsetzung**

Bundesländer	Gewerbeanmeldungen	Gewerbeabmeldungen	Saldo	Betriebe	Quote
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
<b>2017</b>					
Baden-Württemberg	86.322	80.799	5.523	n.v.	n.v.
Bayern	115.187	103.773	11.414	n.v.	n.v.
Bremen	4.318	3.726	592	n.v.	n.v.
Hamburg	20.105	16.407	3.698	n.v.	n.v.
Mecklenburg-Vorpommern	9.700	10.756	-1.056	n.v.	n.v.
Niedersachsen	57.968	50.804	7.164	n.v.	n.v.
Schleswig-Holstein	25.561	24.417	1.144	n.v.	n.v.

Quelle: Destatis.de (Statistisches Bundesamt 2019a); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

**Tabelle A3:**  
**Insolvenzverfahren nach Bundesländern 2014–2016**

Jahr Bundesländer	Insolvenzverfahren (Unternehmen)			Anzahl der bestehenden Unternehmen	
	Beantragte Verfahren				
	Insgesamt	Eröffnet	Mangels Masse abgewiesen		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Quote in %
<b>2014</b>					
01 Schleswig-Holstein	987	809	178	129.131	0,76
02 Hamburg	1.035	870	165	106.048	0,98
03 Niedersachsen	2.186	1.559	627	305.202	0,72
04 Bremen	273	198	75	27.867	0,98
08 Baden-Württemberg, Land	1.796	1.256	540	498.414	0,36
09 Bayern	2.947	2.174	773	653.706	0,45
13 Mecklenburg-Vorpommern	308	238	70	65.721	0,47
<b>2015</b>					
01 Schleswig-Holstein	1.027	842	185	122.923	0,84
02 Hamburg	802	640	162	102.444	0,78
03 Niedersachsen	1.853	1.363	490	287.180	0,65
04 Bremen	218	161	57	27.122	0,80
08 Baden-Württemberg, Land	1.869	1.272	597	467.205	0,40
09 Bayern	3.195	2.341	854	618.906	0,52
13 Mecklenburg-Vorpommern	323	258	65	63.223	0,51
<b>2016</b>					
01 Schleswig-Holstein	956	797	159	123.037	0,78
02 Hamburg	907	735	172	102.930	0,88
03 Niedersachsen	1.850	1.379	471	288.515	0,64
04 Bremen	213	133	80	27.109	0,79
08 Baden-Württemberg, Land	1.672	1.122	550	464.279	0,36
09 Bayern	2.738	1.932	806	619.311	0,44
13 Mecklenburg-Vorpommern	304	245	59	61.184	0,50
<b>2017</b>					
01 Schleswig-Holstein	888	715	173	n.v.	n.v.
02 Hamburg	741	584	157	n.v.	n.v.
03 Niedersachsen	1.710	1.273	437	n.v.	n.v.
04 Bremen	206	163	43	n.v.	n.v.
08 Baden-Württemberg, Land	1.902	1.221	681	n.v.	n.v.
09 Bayern	2.559	1.867	692	n.v.	n.v.
13 Mecklenburg-Vorpommern	251	189	62	n.v.	n.v.

Quelle: Destatis.de (Statistisches Bundesamt 2019b); eigene Zusammenstellung und Berechnung.

**Tabelle A4:**  
**Anzahl der Betriebe nach Bundesländern und Anteil der Betriebe über 250 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2010–2016**

Jahr	Bundesländer	Betriebe insgesamt (B-N,P-S)	Betriebe nach Beschäftigtengrößen- klassen (URS)	
			250 und mehr sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte	
		Anzahl	Anzahl	Anteil in %
<b>2010</b>				
01	Schleswig-Holstein	133.797	309	0,23
02	Hamburg	105.645	440	0,42
03	Niedersachsen	325.440	937	0,29
04	Bremen	28.557	150	0,53
08	Baden-Württemberg, Land	517.746	1.792	0,35
09	Bayern	682.725	1.987	0,29
13	Mecklenburg-Vorpommern	73.043	164	0,22
<b>2011</b>				
01	Schleswig-Holstein	135.341	320	0,24
02	Hamburg	108.020	452	0,42
03	Niedersachsen	329.329	989	0,30
04	Bremen	28.769	154	0,54
08	Baden-Württemberg, Land	523.786	1.852	0,35
09	Bayern	689.326	2.064	0,30
13	Mecklenburg-Vorpommern	73.666	153	0,21
<b>2012</b>				
01	Schleswig-Holstein	136.095	325	0,24
02	Hamburg	108.539	465	0,43
03	Niedersachsen	329.246	1.016	0,31
04	Bremen	28.549	161	0,56
08	Baden-Württemberg, Land	524.129	1.881	0,36
09	Bayern	702.014	2.113	0,30
13	Mecklenburg-Vorpommern	74.145	160	0,22
<b>2013</b>				
01	Schleswig-Holstein	134.929	327	0,24
02	Hamburg	108.673	473	0,44
03	Niedersachsen	323.711	1.041	0,32
04	Bremen	28.807	160	0,56
08	Baden-Württemberg, Land	520.926	1.922	0,37
09	Bayern	687.363	2.154	0,31
13	Mecklenburg-Vorpommern	71.474	171	0,24
<b>2014</b>				
01	Schleswig-Holstein	138.115	346	0,25
02	Hamburg	109.802	479	0,44
03	Niedersachsen	329.382	1.117	0,34
04	Bremen	29.333	166	0,57
08	Baden-Württemberg, Land	533.612	2.012	0,38
09	Bayern	698.060	2.298	0,33
13	Mecklenburg-Vorpommern	72.274	182	0,25
<b>2015</b>				
01	Schleswig-Holstein	132.554	360	0,27
02	Hamburg	106.469	483	0,45
03	Niedersachsen	313.217	1.135	0,36
04	Bremen	28.411	168	0,59
08	Baden-Württemberg, Land	502.666	2.061	0,41
09	Bayern	667.938	2.368	0,35
13	Mecklenburg-Vorpommern	69.996	197	0,28

**Tabelle A4 Fortsetzung**

Jahr Bundesländer	Betriebe insgesamt (B-N,P-S)	Betriebe nach Beschäftigtengrößen- klassen (URS)	
		250 und mehr sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte	
	Anzahl	Anzahl	Anteil in %
<b>2016</b>			
01 Schleswig-Holstein	133.269	372	0,28
02 Hamburg	107.396	504	0,47
03 Niedersachsen	315.985	1.170	0,37
04 Bremen	28.520	172	0,60
08 Baden-Württemberg, Land	500.928	2.126	0,42
09 Bayern	667.461	2.465	0,37
13 Mecklenburg-Vorpommern	68.411	194	0,28

Quelle: Destatis.de (Statistisches Bundesamt 2019c); eigene Zusammenstellung und Berechnung.

## Literatur

- Anger, C., A. Plünneke und R.M. Schüler (2018). INSM-Bildungsmonitor 2018: Teilhabe, Wohlstand und Digitalisierung. Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Köln: Institut der deutschen Wirtschaft. Via Internet am 12.03.2019: [https://www.insm-bildungsmonitor.de/pdf/Forschungsbericht\\_BM\\_Langfassung.pdf](https://www.insm-bildungsmonitor.de/pdf/Forschungsbericht_BM_Langfassung.pdf).
- Berger, S., O. Koppel und E. Röben (2017). Deutschlands Hochburgen der Digitalisierung. IW-Kurzberichte 42.2017. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft. Via Internet am 12.03.2019: [https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/340150/IW-Kurzbericht\\_42\\_2017\\_Digitalisierungspatente.pdf](https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/340150/IW-Kurzbericht_42_2017_Digitalisierungspatente.pdf).
- Beznoska, M., und T. Hentze (2018). Investitionen in die Infrastruktur kommen vielerorts zu kurz. IW-Kurzbericht Nr. 38 vom 20. Jun 2018. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft. Via Internet am 12.03.2019: <https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/martin-beznoska-tobias-hentze-investitionen-in-die-infrastruktur-kommen-vielerorts-zu-kurz-392977.html>.
- Bitkom.org – Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (2016). Bundesländer-Ranking: Wo die meisten IT-Experten arbeiten. Pressemitteilung vom 28.07.2016. Via Internet am 12.03.2019: <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Bundeslaender-Ranking-Wo-die-meisten-IT-Experten-arbeiten.html>.
- brandeins.de (brand eins Medien AG) (2018). Brand eins Thema: Innovation. Die innovativsten Unternehmen Deutschlands. Hamburg. Via Internet am 12.03.2019: <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-thema/innovation-2018/interaktive-karte-ranking-bestenliste>.
- Destatis.de (Statistisches Bundesamt) (2019a). Gewerbeanzeigenstatistik: Gewerbeanzeigen nach Bundesländern und Jahren 2002-2017. Genesis-Datenbank, Reihe 52311-0001. Wiesbaden. Via Internet am 13.03.2019: [https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;sid=D50E14B6AC430B9CDC6D29F24C71A3B6.GO\\_2\\_1?operation=abrufabelleAbrufen&selectionname=52311-0001&levelindex=0&levelid=1552385714747&index=1](https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;sid=D50E14B6AC430B9CDC6D29F24C71A3B6.GO_2_1?operation=abrufabelleAbrufen&selectionname=52311-0001&levelindex=0&levelid=1552385714747&index=1).
- Destatis.de (Statistisches Bundesamt) (2019b). Insolvenzstatistik: Unternehmensinsolvenzen – Jahressumme – regionale Ebene: Bundesländer. Genesis-Datenbank, Reihe 52411-02-01-4-B. Wiesbaden. Via Internet am 13.03.2019: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=77032AE9813EC9129438B0F05EA7B7E.reg2?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1552386084691&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=52411-02-01-4-B&auswahltext=&nummer=7&variable=7&name=DLAND&werteabruf=Werteabruf>.
- Destatis.de (Statistisches Bundesamt) (2019c). Unternehmensregister-System (URS): Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen – Jahr – regionale Ebene: Bundesländer. Genesis-Datenbank, Reihe 52111-01-01-4-B. Wiesbaden. Via Internet (Abgriff am 13.03.2019) <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=1E674573DB45C5F0A4666382516612DE.reg2?operation=previous&levelindex=1&levelid=1552387924478&levelid=1552386673453&step=0>.
- Destatis.de (Statistisches Bundesamt) (2019d). Unternehmensregister-System (URS): Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen – Jahr – regionale Ebene: Bundesländer. Genesis-Datenbank, Reihe 52111-03-01-4-B. Wiesbaden. Via Internet am 13.03.2019: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=1E674573DB45C5F0A4666382516612DE.reg2?operation=previous&levelindex=1&levelid=1552387924478&levelid=1552386673453&step=0>.
- Deutscher Startup Monitor (DSM) (2018). Deutscher Startup Monitor 2018. Neue Signale, klare Ziele. Via Internet am 12.03.2019: <https://deutscherstartupmonitor.de/dsm/dsm-18>.
- EU Commission (2017a). European Innovation Scoreboard 2017: Database. Via Internet am 20.06.2018: [http://ec.europa.eu/growth/industry/innovation/factsfigures/scoreboards\\_en](http://ec.europa.eu/growth/industry/innovation/factsfigures/scoreboards_en).
- EU Commission (2017b). Regional Innovation Scoreboard 2017: Database. Via Internet am 20.06.2018: [https://ec.europa.eu/growth/industry/innovation/factsfigures/regional\\_en](https://ec.europa.eu/growth/industry/innovation/factsfigures/regional_en).
- Hayek, F.A. von (1968). Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Kieler Vorträge: gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Neue Folge, 56. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- IW Köln (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) (2018). Bildungsmonitor: Kaum noch Fortschritte. Informationsdienst iwd, 15.08.2018. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft. Via Internet am 12.03.2019: <https://www.iwd.de/artikel/bildungsmonitor-kaum-noch-fortschritte-400490/>.

- Laaser, C.-F., und A. Rosenschon (2018). Kieler Subventionsbericht und die Kieler Subventionsampel: Finanzhilfen des Bundes und Steuervergünstigungen bis 2017 – eine Aktualisierung. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 14. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Laaser, C.-F., H. Sichelschmidt, L. Kumkar, H. Wolf und R. Soltwedel (2003). Identifikation der Auswirkungen einer Verteuerung von Verkehrsleistungen durch gesamtwirtschaftlich motivierte Mobilitätsabgaben auf die räumlichen Produktions-, Warendistributions- und Siedlungsstrukturen. Endbericht zum FOPS-Projekt 73.0312/2001. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Mimeo.
- OECD (2016). OECD Regional Well-Being: A Closer Measure of Life; Paris. Via Internet am 20.03.2019: <https://www.oecdregionalwellbeing.org/>.
- Schrader, K., C.-F. Laaser und H. Sichelschmidt (2006). Schleswig-Holsteins Wirtschaft im Kräftefeld der Globalisierung. Kieler Diskussionsbeiträge 434/435. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Schrader, K., C.-F. Laaser, R. Soltwedel, F. Bickenbach, H. Sichelschmidt und H. Wolf (2008). Neue Wege der Kooperation – Schleswig-Holstein und Hamburg in einer gemeinsamen Wirtschaftsregion. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 1. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet am 15.04.2019: <http://www.ifw-kiel.de/pub/wipo/volumes/wipo01.pdf>.
- Statistisches Bundesamt (Ifd. Jgg.). *Finanzen und Steuern: Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts. Fachserie 14, Reihe 2*. Wiesbaden.
- Studitemps GmbH Köln, Constata UG Bonn und Maastricht University (2019). *Studentische Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands zwischen Schule, Studium und Beruf. Sonderauswertung der „Studienreihe „Fachkraft 2030“*. Köln und Maastricht.
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) (2019a). Bruttoinlandsprodukt – preisbereinigt, verkettet – 1991 bis 2018 (Wirtschaftswachstum) (WZ 2008) Revision 2014, Berechnungsstand: August 2018/Februar 2019. Via Internet am 04.04.2019: <https://www.statistik-bw.de/VGRdL/tbls/?lang=de-DE>.
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) (2019b). *Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2018. Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand: August 2018/Februar 2019*. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart.
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) (2019c). *Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2016. Reihe 1, Länderergebnisse Band 3, Berechnungsstand August 2018*. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

Titelfoto: © cc0

Die Arbeiten wurden im April 2019 abgeschlossen.